Nr. 298 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Donnerstag, den 29. Dezember 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zly. Anzeigen unter Text 0.50 Zly. von außerhalb 0.60 Zly. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 12. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Woldemaras erwartet Polens Vorschläge

Klare Antwort über die Wilnafrage — Keine Aussicht auf baldige Beseitigung der Gegensätze — Verschiebung der Verhandlungen wahrscheinlich

Berlin Wie ein Berliner Blatt aus Warschau meldet, veröffentlicht der „Kurjer Warczawska" Aeußerungen des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras über die polnisch-litauischen Verhandlungen. Eine vollständige Vereinigung der Streitfrage werde nach seiner Ansicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Er, Woldemaras, wartet zunächst eine polnische Initiative ab, die sich seiner Meinung nach auf die Wilnafrage beziehen müsse. Diese Frage halte er nach wie vor auf Grund des letzten Völkerbundsratsbeschlusses für offen, wobei er sich auch auf die frühere Anerkennung des litauischen Anspruches auf Wilna durch die Sowjetregierung beziehe. Wenn Polen die Verhandlungen auf eine Revision des heutigen Zustandes in Wilna nicht ausdehnen wolle, so werde der gesamte Komplex der polnisch-litauischen Streitfrage noch nicht zu regeln sein. Mit einem Verhandlungsanfang Mitte Januar werde nicht zu rechnen sein, da die Besprechungen gut vorbereitet werden müßten.

„Kriegsgott Hindenburg"

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Ende Dezember 1927.

Im März vorigen Jahres hatte es in Paris eine damals allgemein sehr beachtete Nachwahl zur französischen Kammer gegeben. Da standen sich auf der einen Seite gegenüber der junge nationalistische Redakteur des „Echo de Paris", Henri de Kerillis, zusammen mit dem ein klein wenig weiter links stehenden Pariser Rechtsanwalt Paul Reynaud, und auf der andern Seite die zwei Kommunisten Duclos und Fournier. Die Sozialisten zögern in solchen Fällen keine Minute: Wo ein Reaktionär gegen einen Kommunisten steht, geben sie immer einmütig für den kommunistischen Kandidaten ihre Stimme ab. Ja, selbst die bürgerliche „Radikale Partei" entschied sich dafür, lieber die ungefährlichen Kommunisten als die gefährlichen Reaktionäre zu begünstigen, — allerdings lehnte die Gruppe Franklin-Bouillon, die im Oktober dieses Jahres dann ganz aus der „Radikalen Partei" ausschied, auch dabei die offizielle Parteiparole ab und zog es vor, für de Kerillis und Paul Reynaud einzutreten. Die beiden Kommunisten erhielten etwa 64 000 Stimmen und waren damit gewählt, die Reaktionären ungefähr 55 000.

Duclos ist über seinen vorjährigen Erfolg, den er allerdings nur den Sozialisten und den Radikalen zu danken hat, noch heute so glücklich und darüber so stolz geworden, daß er bei den Wahlen des nächsten Jahres der kommunistische Gegenkandidat des französischen Sozialistenführers Leon Blum im 20. Pariser Arrondissement sein will. Man kann und soll keinen Kommunisten am Selbstmord hindern.

De Kerillis aber wand sich in einem Wuttaumel nach seiner Niederlage. Er schwor Rache. Und neben seinen Artikeln im „Echo de Paris" kann er dafür keine andere Möglichkeit weiter entdecken als das Aufziehen einer großen Propaganda gegen die kommunistische Gefahr, — von der man in Frankreich immer dann am meisten spricht, wenn sie am wenigsten vorhanden ist. De Kerillis und Reynaud zogen nach London, wo sie von allen drei großen Parteien empfangen wurden, um dort zu studieren, wie politische Bewegungen, die im Gegensatz zu den französischen Verhältnissen eine straffe Organisation haben, zu arbeiten gewohnt sind. Als Ergebnis von zwei Londoner Reisen wird nun Frankreich seit einigen Monaten mit antisozialistischen und antikommunistischen Plakaten aller hündisch-unterster Dummheit überzogen. Es spricht daraus ein entsetzlicher reaktionärer Bürgerschreck vor den Neuwahlen und eine Verdrehung der einfachsten sozialistischen Programmpunkte. Das Geld zum Druck der Plakate wird von einem besonderen Komitee gesammelt, an dessen Spitze der Viceadmiral Amet steht. Das Komitee arbeitet fieberhaft. In die Reihe seiner Plakate fällt auch der Maueranschlag, gegen den die deutsche Regierung eben ihren Protest einlegte. Auf diesem Wege übernimmt die deutsche Regierung die Verpflichtung, auch ihrerseits beim kommenden deutschen Wahlkampf keine Beschimpfung Briands oder Poincarees zuzulassen. Das Bild zeigt Hindenburg, die Hand überlegend an der Stirn, hinter ihm eine alte, Brillen tragende Marianne, die er vorwärts zieht. Im Hintergrund sieben Kanonen. Darunter steht:

> **„Der Kriegsgott Hindenburg überwacht die Wahlen von 1920 wie Bethmann-Hollweg die Linkswahlen vom Mai 1914 überwachte. Wenn Ihr für eine Linksmehrheit oder für die Sozialisten stimmt, wird Hindenburg die Räumung des linken Rheinufers und Oesterreichs Anschluß an Deutschland verlangen. Nach einem Wort des patriotischen Radikalen Franklin-Bouillon bedeutet das einen neuen deutschen Einmarsch in Frankreich, das heißt Krieg".**

Dieser Anschlag ist in der letzten Zeit das politische Hauptstraßenplakat von Paris geworden.

Aber auch auf französischer Seite mehren sich die Abwehrstimmen. Nicht nur die Linkszeitungen finden den Einspruch der deutschen Regierung berechtigt. Auch die „Republikanische Vereinigung ehemaliger Frontsoldaten" (Vorsitzender: Fontenn) veröffentlicht eben einen Protest, in dem sie daran erinnert, wohin solche unschöne Propaganda führt: „Wenn Jean Jaures am 30. Juli 1914 ermordet wurde, so auch deshalb, weil ihn seine Gegner verleumderisch einen Agenten Deutschlands nannten. — Darum wenden wir uns mit Grauen ab von Leuten, die den Patriotismus zu Wahlzwecken ausbeuten wollen und nicht zögern, dafür Methoden anzuwenden, welche im Innern politische Morde hervorrufen und in der Außenpolitik zu Konflikten führen. Aus diesem Grunde bitten wir die Behörden dringend, sofort dagegen einzuschreiten. Auch sind wir ehemaligen Frontkämpfer bereit, selbst alle Anschläge zu überwachen, damit sich nichts darunter befinde, was zu Mord oder Krieg aufhetzen könnte."

Kurt Lenz.

Frankreichs Sozialisten zur Außenpolitik

Stabilisierung durch Kapitalabgabe — Revision des Versailler Friedensvertrages

Paris. Der sozialistische Parteitag beschäftigte sich in seinen Dienstag-Sitzungen mit der Aufstellung des Wahlprogramms. Eingehend wurden die finanziellen Fragen erörtert, zu denen der Deputierte Vincent Auriol ausführlich Stellung nahm, indem er die Einführung einer Kapitalabgabe am Vorabend von Wahlen als besonders gefährlich bezeichnete, zumal sie durch die Uebersteuerung Poincarees zu einem großen Teil bereits verwirklicht sei. Nach längerer Debatte wurde einstimmig ein Antrag Auriols angenommen, in dem auf den Irrtum des Versailler Vertrages verwiesen wird, das Reparationsproblem lösen zu wollen, ferner darauf daß die sozialistische Partei in Uebereinstimmung mit der deutschen Sozialdemokratie und der sozialistischen Internationale von 1919 bis 1924 die gegenwärtig immer noch ungenügende Politik der Reparationen und des Friedens vorbereitet habe. Diese Politik müsse weiter befolgt werden. Durch die Mobilisierung der deutschen Obligationen müsse die Gesamtschuld Europas bei Amerika geregelt werden. Solange das System der Sonderschuldenregelung und der fixierten Abmachungen bestehe, und der Dawesplan in Kraft bleibe sei die sozialistische Partei nicht in der Lage, eine Regelung des Schuldenproblems anzuerkennen, die weder der Zahlungsfähigkeit Frankreichs die von der Liquidierung der deutschen Schulden abhänge, noch der Möglichkeit für Frankreich Rechnung trage, Devisen an Amerika ohne Schädigung der eigenen Währung zu transperieren. Die Sicherung Europas müsse durch die Währungssicherheit jeder Nation ergänzt werden. Die Entschließung setzt sich weiter für die gesetzliche Stabilisierung des Frankens zu einem Kurs ein, der den durch die Stabilität de facto geschaffenen wirtschaftlichen Bedingungen Rechnung trage.

Einen breiten Raum in den Beratungen nahmen auch die außenpolitischen Fragen ein. Zyromski verlangte Förderung einer Politik der deutsch-französischen Annäherung und Widerstand gegen jede Politik des Bruches mit den Sowjets, sowie Revision der Friedensverträge von 1919 auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Abg. Fontainer wies auf die dem Frieden durch das gegenwärtige Paktsystem in Mitteleuropa drohenden Gefahren hin. An eine Revision der Verträge müsse mit Vorsicht herangegangen werden. Der Abg. Grumbach erklärte gegenüber Zyromski, die Politik Frankreichs sei kein Hindernis für die Entwicklung des Völkerbundes. Der Redner wies ferner auf die Kriegsgefahr hin, die die elsässische Autonomiebewegung angeblich darstelle und erklärte zum Schluß, der Friede der Welt hänge von dem Ausgang der französischen Wahler ab.

Wiederaufnahme der französisch-russischen Schuldenverhandlungen

Paris. Die französische Delegation für die französisch-russischen Schuldenverhandlungen hat am Dienstag Instruktionen erhalten, wonach bei Wiederaufnahme der Verhandlungen Ende Januar die Frage der Entschädigung der in Rußland in ihrem Privateigentum geschädigten französischen Staatsangehörigen angeschnitten werden soll.

Die Sowjetregierung beabsichtigt, wie versichert wird, der französischen Regierung eine neue Note zu übermitteln, die die Mitteilung enthalten soll, daß Rußland auf seine aus dem Vertrag von Algeciras zustehenden Rechte verzichte, den Vertrag als solchen jedoch anerkenne und bereit sei, Frankreich in allen Marokko und insbesondere die internationale Tangerzone betreffenden Fragen zu unterstützen.

Man darf in dieser neuen Note der Sowjetregierung die Absicht erblicken, der französischen Regierung eine Höflichkeit zu erweisen, von der die Sowjetregierung sich Vorteile für die Zukunft verspreche.

Gegen Poincarees Milliarden-Taumel

Paris. Die „Volonte" setzt ihre Aufklärung über die Unhaltbarkeit der Behauptung Poincarees fort, daß Deutschland nach wie vor 132 Milliarden Goldmark schulde und der Dawesplan an den alliierten Forderungen nichts geändert habe. Theoretisch möge das wohl stimmen, aber praktisch sei es ein Unding, denn kein vernünftiger Mensch könne glauben, daß Deutschland mehr als ein Viertel von der ursprünglichen Summe bezahlen werde. Wie wenig Franzosen anderer Meinung seien, beweise die große Ueberraschung, die sich allgemein nach der Veröffentlichung der Erklärungen Poincarees in der Oeffentlichkeit zeigte. Die Wahrheit sei eben, daß Frankreich in dem Augenblick, auf die gesamte Summe von 132 Milliarden verzichtete, als es den Dawesplan unterzeichnete. Wenn Frankreich trotz des Widerstandes der Vereinigten Staaten das Alliierte Schuldenproblem mit der Frage einer Revision des Dawesplanes verbinde, so müßte es viel weiter gehen und z. B. die Frage einer schnellen Kommerzialisierung der Dawesobligation im Zusammenhang mit den Alliierten Schulden in Betracht ziehen, was aber ohne eine Verminderung der deutschen Reparationsschuld nicht zu erreichen sein dürfte. Man sei wohl noch nicht soweit, aber auf keinen Fall sollte man es versuchen, bereits in den Archiven verstaubte Akten hervorzuziehen, an deren Wirksamkeit niemand mehr glaube.

Deutschland und Frankreich

Ein Interview Professor Hoetzsch'.

Paris. Professor Hoetzsch erklärte in einem Interview gegenüber dem Berliner Vertreter der „Volonte" und des „Oeuvre", daß die Politik des Reiches durch seinen Eintritt in den Völkerbund entschieden worden ist. Wenn man in Frankreich den formellen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen nicht glauben wolle, so sei dies nur ein Vorwand für die Aufrechterhaltung der Besetzung. Die französische Regierung habe die Versprechung eines teilweisen Rückzuges der Truppen nicht eingehalten. Wenn Vandervelde in Genf eine Zusammenarbeit mit Deutschland auf dem Fuße der Gleichberechtigung begrüßte, so könne man sich über diese Erklärung wohl freuen, wenn sie auch tatsächlich aufrichtig gemeint sei. Das sei aber nicht der Fall. Wenn man Deutschland benötige, so spreche man von der Gleichberechtigung, aber wenn Deutschland sein Recht fordere, so bestehe ein Unterschied. Auf ein Ostlocarno zu sprechen kommend, erklärte Hoetsch, daß niemand in Deutschland ein Ostlocarno wünsche. Der mit Polen abgeschlossene Schiedsgerichtsvertrag genüge vollkommen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen hätten sich seit der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen gebessert. Der Vertrag von Rapallo werde bald nichts anderes als einer jener Sonderverträge sein, die von dem Völkerbund vorgesehen sind. Rußland nähere sich immer mehr dem Völkerbund und beteilige sich bereits wirksam an seinen Beratungen. Eine Kriegsgefahr drohe nicht im Osten, sondern vielmehr in der latenten Spannung zwischen Frankreich und Italien. Hier wäre ein Locarno sehr wünschenswert.

Neue Arbeitslosen-Welle im Reich

Berlin. In der vergangenen Woche waren 178 204 Personen bei den Berliner Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 169 409 der Vorwoche. Darunter befanden sich 116 201 (110 456) männliche und 62 003 (58 953) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 112 412 (102 817), davon Arbeitslosenunterstützung 61 397 (55 185) männliche und 31 294 (28 878) weibliche, zusammen 92 691 (84 063). Krisenunterstützung 14 096 (13 412) männliche und 5625 (5342) weibliche, zusammen 19 721 (18 754) Personen. Außerdem wurden noch 24 380 (24 034) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin unterstützt.

Griechenlands Außenpolitik

Berlin. Nach der Meldung eines Berliner Blattes aus Athen berichtete der Außenminister Michalakopulos im letzten Ministerrat über seine Verhandlungen im Ausland. Vor Pressevertretern hob der Minister die Besserung in der außenpolitischen Lage Griechenlands hervor. Griechenland sei, als es sich noch unter einer Diktatur befand, von den Großmächten in einer Weise behandelt worden, sie stark an die Art erinnerte, mit der sie mit der alten Türkei verkehrten, als noch die Kapitulationen in Kraft waren. Die neue griechische Regierung habe sich jedoch erfolgreich geweigert, sich auf diese Bahn drängen zu lassen. Die auswärtige Politik der jetzigen griechischen Regierung sei eine nationale Politik und nicht die Politik einer Partei. Sie bewerbe sich um die Freundschaft und die Sympathie der drei großen Mächte, an deren Seite das Land gekämpft habe. Sie wünsche ferner normale, wenn nicht freundschaftliche Beziehungen zu den früheren Feinden und wollen dem Handel alle Erleichterungen gewähren. Griechenland suche den Frieden, weil es Vertrauen zum Völkerbund habe, könne es keine Abkommen treffen, die als gegen irgendeinen großen oder kleinen Staat gerichtet aufgefaßt werden könnten. Dies habe er Chamberlain, Briand und Mussolini auseinandergesetzt. Abschließend wies der Minister auf die Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Griechenland und Frankreich in der Frage der Kriegsschulden hin.

Keine Entscheidung ohne Amerika

Für Revision des Dawesplanes.

Rom. Mussolinis Organ „Popolo d'Italia" schreibt zu der im letzten Bericht des Reparationsagenten unterstrichenen Notwendigkeit einer Festsetzung der Gesamthöhe der deutschen Reparationsschuld, daß der Beschluß der Reparationskommission vom April 1921, auf Grund dessen Deutschland 132 Milliarden Goldmark hätte zahlen müssen, nicht ohne Zustimmung sämtlicher Alliierten umgeändert werden könne. Nach einem Hinweis darauf, daß die Alliierten ihre Schulden an Amerika ohne Deutschlands Zahlungen nicht bestreiten könnten, bemerkt das Blatt, bei der öffentlichen Meinung Italiens würde eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen auf keine Schwierigkeiten stoßen, sofern dadurch keine größeren Lasten auf die Italiener gelegt würden. So lange jedoch die Amerikaner auf Bezahlung der alliierten Kriegsschulden beständen, habe eine starke Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen keine Aussicht und man dürfe sich in dieser Hinsicht in Deutschland keinen Illusionen hingeben.

Volksparteiliche Absage an die Deutschnationalen

Die deutsche Volkspartei, Landesverband Mecklenburg-Strelitz hielt dieser Tage einen Vertretertag ab, über dessen Ergebnis die Oeffentlichkeit erst jetzt unterrichtet wird. Der Ausgang bedeutet eine klare und entschiedene Absage an die bisherige Gemeinschaft mit den Deutschnationalen. Die Partei treibe eine krasse und rücksichtslose Interessenpolitik und die seit Jahren mit ihr durchgeführte Verbindung habe zu den schwersten Enttäuschungen geführt. Die Volkspartei in Mecklenburg-Strelitz behalte sich deshalb in Zukunft ebenso eine Bindung mit der Linken vor, wie sie sich bisher mit der Rechten verbunden habe.

355 Millionen Ueberschuß im Reichsetat?

Berlin. Nach der Uebersicht der Reichshauptkasse beträgt im ordentlichen Haushalt die Summe der Einnahmen von April bis Oktober 5319,3 Millionen Mark, die Summe der Ausgaben 5004,8 Millionen Mark. Es ergibt sich demnach eine Mehreinnahme von 314,5 Millionen Mark. Der Gesamtabschluß für die genannten Monate ergibt im ordentlichen Haushalt einen Bestand aus dem Rechnungsjahr 1927/28 von 548,0, dazu die oben genannte Mehreinnahme von 314,5, insgesamt also 862,5 Millionen Rentenmark, der außerordentliche Haushalt einen Betrag von minus 507,9 Millionen Rentenmark, so daß der Gesamtbestand für April bis Oktober 354,6 Millionen Mark beträgt. Der Stand der schwebenden Schuld am 31. Oktober 1927 betrug 120,5 Millionen Rentenmark.

Reorganisation der Kuomintang

Eine neue Hankau-Regierung — Keine Verhandlungen mit Tschangtsolin — Moskaus Maßnahmen gegen China

Moskau. Das Zentralkomitee der Kuomintang hat nach Meldungen aus Moskau beschlossen, auf der bevorstehenden Tagung der Partei in Nanking den linken Flügel der Partei auszuschließen. Der Vorsitzende der Kuomintang, Wanschingwei, hat der Parteileitung, ferner seine Bereitwilligkeit mitgeteilt, sein Amt niederzulegen. Wanschingwei war bekanntlich vorgeworfen worden, die Kommunisten in Kanton unterstützt zu haben. Er wird wahrscheinlich nach Paris gehen, um dort das Zentralbüro der Kuomintang in Europa zu leiten. —

Zur bevorstehenden Tagung der Kuomintang erklärte Marschall Tschiankaischek, daß die Aufnahme von Verhandlungen mit Marschall Tschangtsolin abgelehnt werden würde. Für das Frühjahr 1928 plane man eine große Offensive gegen die Kommunisten. Er beabsichtige, eine neue Armee in Stärke von 100 000 Mann, die mit den letzten Errungenschaften der Technik ausgerüstet sei, zu sammeln. Wie in Moskau verlautet, erwartet man in Schanghai eine Kommission japanischer Offiziere, die das chinesische Heer organisieren soll.

Eine neue Hankauregierung

London. Der Schanghaier Verteidigungskommissar, General Pei-Chung-Hsi ist nach Berichten aus Honkong nach Hankau abgereist. In dieser Reise sieht man ein Wiederaufleben der kommunistenfreundlichen Bewegung bei der Kuomintang, die in Hankau nach Kantons Fall ihre Hochburg hat. Auch die Abreise des früheren Chefs der Kantoner Regierung, Wang nach Hankau, wird in diesem Sinne ausgelegt.

Die Einnahme von Hsuchwosu im nördlichen Kiangsu in der Nähe der Grenze der Provinz Schantung durch die Truppen Tschiangkaischeks vermindert die Bedeutung der Nankinger Regierung. Gleichzeitig wird berichtet, daß General Chen den Versuch macht, in Hankau eine neue Verwaltung zu schaffen, die sich das Ziel setzt, die Provinzen Hupeh, Hunan, Kwantung und Kwangsi unter ihre Kontrolle zu bringen. Tschiankaischek kontrolliert Kiangsi, Schekiang und Fukien, während die Provinzen von Anhwei und Kiangsi neutral sind.

Moskau gegen Süd-China

Kowno. Wie aus Moskau amtlich gemeldet wird, befindet sich der in Kanton verhaftete russische Generalkonsul immer noch im Gefängnis. Die Sowjetregierung hat heute aus Tokio amtliche japanische Nachrichten erhalten, wonach außerdem in Kanton ermordeten Vizekonsul noch der Leiter der Paßabteilung des russischen Konsulats in Kanton ermordet worden ist. Die Sowjetregierung hat die russische Botschaft in Tokio beauftragt, die Namen der übrigen ermordeten sechs Russen festzustellen. In Moskau wird behauptet, daß auch diese letzteren dem Konsularkorps in Kanton angehörten.

Heute wird unter dem Vorsitz Rykows der Rat der Volkskommissare über weitere Maßnahmen gegen die südchinesische Regierung beraten. Tschitscherin wird den Rat über die letzten politischen Ereignisse in China unterrichten.

Von Witos zu Pilsudski

Warschau. Vor einigen Tagen fand hier unter dem Vorsitz des Advokaten Jan Krysa, juristischen Beirats und Ausschußmitgliedes der „Piast"-Partei eine Versammlung der Delegierten aus allen Bezirken der Warschauer Wojewodschaft statt. Die Versammlung sprach sich gegen die Politik der leitenden Behörden der Partei und für die Unterstützung der Regierung des Marschalls Pilsudski aus. Die Versammelten wählten ein Exekutivkomitee, das die Aufgabe übernommen hat, die „Piast"-Organisationen „um die Fahne des Marschalls Pilsudski zu gruppieren". Sie haben auch einen an die Bauernschaft gerichteten Aufruf unterzeichnet.

In diesem Aufruf wird den Führern der Bauernparteien ein übles Zeugnis ausgestellt. „Die Führer der Bauernparteien" — heißt es — „und so sehr auf ihren Einfluß bedacht, daß sie sich dessen nicht bewußt werden, daß sie das Vertrauen unter den Bauernmassen eingebüßt haben ..... Für sie ist es besser, daß die Bauernschaft zersplittert sei, denn dann bemerkt sie es nicht, daß die Führer vor allem für sich selbst sorgen und für die Befriedigung ihres Ehrgeizes. Wir wenden uns daher an die Ausschüsse der Parteien mit der Aufforderung, daß sie die ehrgeizigen Führer beiseite lassen: möge Vergessenheit sie bedecken, wie sie es verdient haben."

Die Schlußfolgerung lautet: „Der Bauer kann die ihm gebührende Stellung nur dann erlangen, wenn er seine Kräfte vereinigt und sich unter die Fahne des Mannes stellt, der den größten Eifer für den Staat bewiesen hat. Wir wünschen, daß Marschall Pilsudski unser Führer sei!"

Wieder 25 000 Arbeitslose mehr

Warschau. Nach dem Stand von Mitte Dezember beträgt die Zahl der Arbeitslosen in Polen 144 566, das sind über 25 000 Arbeitslose mehr als im November. Die Arbeitlosigkeit der Wojewodsch. Schlesien hat im selben Zeitraum um rund 5000 zugenommen und überschritt Mitte Dezember den Stand von 39 000.

Weizmann bei Poincaree

Paris. Der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, Weizmann, wurde Dienstag von Poincaree empfangen, dem er über den Zweck der Zionistischen Anleihe für Palästina berichtete.

Spanischer Verzicht auf Tanger?

Paris. In den Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über eine Abänderung des Tanger-Statuts, die in den letzten Monaten auf diplomatischem Wege geführt wurden, ist eine prinzipielle Einigung erzielt worden. Wie verlautet, hat Spanien auf seine Forderung nach Einverleibung Tangers in die spanische Zone verzichtet und sich mit der Leitung der Polizei und der Beteiligung der Hafendirektion von Tanger begnügt. Das Abkommen zwischen Frankreich und Spanien über Tanger soll demnächst in seinen Einzelheiten festgelegt und im Laufe des Januars unterzeichnet werden. Die erzielte Einigung wird England und Italien mitgeteilt werden, wobei Italien aufgefordert werden soll, sich an der Verwaltung der Stadt und der Zone von Tanger zu beteiligen.

Indiens Boykott gegen England

London. Wie aus Madras gemeldet wird, ist dort der indische Nationalkongreß unter überaus zahlreicher Beteiligung eröffnet worden. Die Unterkomitees des Kongresses haben nach lebhaften Debatten mehrere Entschließungen fertig gestellt, über die der Kongreß entscheiden wird. Diese Entschließungen enthalten u. a. ein vollständiges Programm für den Boykott der englischen Verfassungskommission für Indien. Sie sehen Massendemonstrationen vor, verlangen von den Mitgliedern des Kongresses das Fernbleiben von allen gesetzgebenden Versammlungen und sagen der gegenwärtigen englischen Verwaltung entschiedenen Kampf an. Andere Entschließungen protestieren gegen die militärische Politik der Regierung in den Grenzgebieten und verlangen Unabhängigkeit für ganz Indien. Die Provinzausschüsse werden schließlich aufgefordert, eine Boykottbewegung einzuleiten.

Sieben Oppositionelle verhaftet

Warschau. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind dort sieben Oppositionelle, welche auf dem letzten 15. kommunistischen Kongreß aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden, verhaftet worden. Man erwartet im Zusammenhang hiermit weitere Verhaftungen von Mitgliedern der Opposition.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

Der nordische Idealist — der abgeklärte Opportunismus des Franzosen — die junge Kraft Asiens stehen im Kampfe für und gegen das neue Werk: die Eisenbahn Europa—Rußland—China.

In dem Augenblick, da der Expreßzug Paris—Peking durch die Wüste Gobi braust — in diesem selben Augenblick vollzieht sich der Beginn einer neuen Geschichte der Menschheit. Dort, wo die beiden größten Länder der Erde zusammenfließen, keimt gierig aus altem Boden junges Leben — werden Kräfte frei, die Jahrtausende in Ketten lagen.

*

Aber die Kultur des Westens wittert den Feind. Jeder neue Fortschritt mobilisiert die Intrigen Europas zu schärferem Kampf: Asien vor den Toren!

*

Jedes dieser Länder bedeutet ein Stückchen meines Lebens. In den waldumhegten Landsitzen Dänemarks liegen die Wurzeln meiner Herkunft — Paris lehrte den Schüler lächelnde Synthese aus Arbeit, Frohsinn und Liebe — und alle Erfüllungen letzter und tiefster Fragen kreisen um das Land des Sonnenaufgangs.

1.

Der Beifall rauschte durch das Haus und schlug prasselnd auf die Bühne. Helene Wassiliew lächelte in das Dunkel hinein. Sie verneigte sich, immer mit jenem Unterton eines scheuen Triumphes; dann fiel der Vorhang. Das Licht der Rampe erlosch, das Theater wurde hell.

Gamberg wandte den Kopf zu Ove Jens Boye herum, der in der zweiten Reihe der Loge saß. Er blickte Boye ins Gesicht, das mit einem abwesenden Ausdruck an Ebba vorüber auf die Bühne gerichtet war. Ebba fing den Blick ihres Vaters auf und erhob sich mit einem unmutigen Ruck.

Im Hause wurde es lebendig; der Logenschließer öffnete die Tür.

Ove trat als erster auf den Korridor hinaus.

Der Richter Lystrup, der eben vorüberging, grüßte. Merkwürdig, sein Schritt wurde langsamer. In letzter Zeit begegnete man Lystrup auffallend oft dort, wo Ebba war. Der Gang war erfüllt von Licht und von Menschen.

Ebba übersah es scheinbar, daß ihr Verlobter ihr den Arm bot. Ihr Vater und Richter Lystrup begrüßten sich.

„Wie gefällt Ihnen die Wassiliew?" fragte Lystrup. „Ist sie nicht fabelhaft? Es ist ihre Glanzrolle: die Mimi. Dabei diese Schwierigkeit: alle singen dänisch, sie als einzige französisch!"

Ueber die Treppe zum Vestibül flutete der Menschenstrom herauf; das Promenoir füllte sich.

Ove hatte kaum einen Blick von seiner Braut gewandt, die mit ihren Gedanken so völlig beschäftigt schien, daß sie von ihm kaum Notiz nahm.

„. . . Und Ihre Mongoleibahn?" begann Lystrup von neuem.

Gamberg machte eine kleine abwehrende Bewegung mit der Hand. „Lucien Laporte hat den Zuschlag bekommen, der große Pariser Bauunternehmer Lucien Laporte. Er hat eine runde Million weniger gefordert als ich. Die chinesische Nordregierung hat übrigens schon die Kulitransporte mobilisiert."

Von der Fensternische her lächelte Pastor Christiansens Epikuräengesicht; neben ihm stand Rektor Lund: die beiden schienen sich wie gewöhnlich zu streiten. Ove grüßte; zugleich fühlte er, wie der Druck in seinem Herzen zunahm. Der verstohlene Neid, den er rechts und links deutlich spürte, konnte ihn über die Wahrheit nicht hinwegtäuschen: daß er wie ein Gefangener unter diesen Menschen ging. Dort, Pastor Christiansen hatte ihn getauft und konfirmiert. — Rektor Lund, neben ihm, im Schmuck seines blonden Vollbarts, begrüßte den Schüler mit seinem steifen Kopfnicken. Seine juristische Karriere hielt Richter Lystrup in Händen, der eben eifrig auf Ebba einsprach — und seinem Schwiegervater, der ihn am Tage seiner Hochzeit als Syndikus in die Firma aufzunehmen versprochen hatte — dem gehörte seine Zukunft. Dieser kleine Raum umschloß den Zirkel seines Lebens. Diese Männer repräsentieren einen Eckpfeiler. Er mußte lächeln, so wenig ihm danach zumute war: gottlose Kollegen bezeichneten den Richter Lystrup als einen Strebepfeiler der Justiz.

Das Klingelzeichen ging durchs Theater; in die Menge kam Bewegung. Ihm schien, als ob Ebba sich verstohlen nach ihm umsähe. Ove wollte trotz allem die Dinge nicht auf die Spitze treiben und berührte zärtlich ihren Arm.

„Haben Sie gestern die Notiz im Abendblatt gelesen?" fragte Lystrup, der sich schon der Treppe zuwandte. „In den Kulitransporten, die für den Bau der Mongoleibahn nordwärts geschickt worden sind, ist die Schlafkrankheit ausgebrochen; in der Stadt Kalgan mußten Massenlazarette errichtet werden."

Gamberg wandte überrascht den Kopf. „Die Schlafkrankheit . . . in der Mongolei?"

Lystrup nickte. „Man steht vor einem Rätsel."

Das zweite Klingelzeichen schrillte.

„Nicht wahr," fragte Lystrup, der eben Gamberg mit einer Verbeugung die Hand reichte, „falls Lucien Laporte nicht eine bestimmte Strecke der Mongoleibahn bis zu einem gewissen Termin fertigstellt, fällt der Auftrag an Sie?"

Von der Loge her winkte Ebba lachend mit der Hand; Lystrup verabschiedete sich; er hatte seinen Platz irgendwo unten im Parkett.

„Wenn sie jetzt ein zärtliches Wort sagt," dachte Ove, „dann ist alles wieder gut." Er stand neben ihr und sah sie von der Seite an; aber sie blickte gleichmütig dem Vater entgegen.

Das Haus war noch hell.

„Haben Sie heute das Bild im ‚Magasinet' gesehen?" fragte Gamberg, während der Logenschließer öffnete. „Das Bild von Bob Bantam?"

Boye schüttelte den Kopf. „Ich lese die ‚Politiken' selten. Ist das der Bob Bantam, der . . ."

„. . . der die Autofahrt durch die Mongolei macht," nickte Gamberg. „Er war vor einigen Wochen unser Gast."

Langsam wurde der Zuschauerraum finster.

Ebbas Profil zeichnete sich deutlich ab gegen das Dunkel des Proszeniums. Wie klar und rein ihre Züge waren!! Sie galt als eins der schönsten Mädchen von Kopenhagen. Die nordische Herbheit ihres Wesens ließ sie auf den ersten Blick anteillos erscheinen; aber Ove wußte von scheuen Zärtlichkeiten, die eine völlig andere Ebba Gamberg offenbarten.

Die Rampe flammte auf. Das rötliche Licht übergoß Ebbas Züge mit einem warmen und zärtlichen Schimmer. Aus den Girandolen tropfte es farbig durch den Raum; Ebbas blonder Pagenkopf leuchtete in verwirrenden Reflexen. Das Licht erlosch; der Vorhang ging auf.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Die Kälte und die Zugverspätungen

Die Kälte der letzten Tage haben wir glücklich überstanden und würden über den Bahnverkehr und sie nichts schreiben, wenn nicht die Meldung der Warschauer Wetterstation wäre. Sie prophezeit uns eine zweite Kältewelle, ähnlich wie die, die wir vor den Weihnachtsfeiertagen so richtig gespürt haben. Da uns also die Kälte Nr. 2 bevorsteht und wir bereits in der Kältezeit Nr. 1 sehr trübe Erfahrungen gemacht haben, so möchten wir unsere Wünsche der Bahnverwaltung vorlegen. Gewiß kann die Bahnverwaltung auch nicht hexen und ist selbst gegen die Kälte machtlos, so wie jeder andere Sterbliche. Schließlich ist auch das Dampfroß gegen die Kälte empfindlich und der Lokomotivführer hat nicht geringe Mühe, die Lokomotive fahrbar zu machen. Trotz dieser Hindernisse, die lediglich dem Frost zuzuschreiben waren, haben die Passagiere viele Beschwernisse und nicht mit Unrecht der Bahnverwaltung zugeschrieben. Dabei sind die Leiden der Passagiere nicht klein gewesen. Arbeitet doch die Hälfte von Büroangestellten in Kattowitz, die auswärts wohnen und jeden Tag auf den Zug angewiesen sind. Desgleichen viele Schulkinder, die tagtäglich nach und von Kattowitz fahren. Nun erfuhren fast alle Züge in der Kältezeit Verspätungen, die nicht selten mehrere Stunden ausmachten. Die Fernzüge, wie beispielsweise der Zug Krakau—Posen, sind selbst mit einer 10stündigen Verspätung einmal eingetroffen. Aber auch die Lokalzüge hatten längere und kürzere Verspätungen zu verzeichnen gehabt. Der Lokalzug Hindenburg—Oswiencim hatte einmal eine zweistündige Verspätung gehabt. Wie bereits gesagt, gegen die Verspätung kann man die Bahnverwaltung nicht verantwortlich machen, weil hier höhere Kräfte im Spiele waren. Gegen was aber Stellung genommen werden muß, daß ist der Nachrichtendienst auf den Bahnhöfen und den Perrons. Der Zug lief in der vorgeschriebenen Zeit nicht ein, doch wurde über sein Ausbleiben nichts verlautbart. Kein Bahnbeamter konnte oder wollte den fragenden Passagieren eine Auskunft geben. Die Passagiere liefen frierend hin und her in der Meinung, daß der Zug jede Minute einlaufen kann. Als er jedoch eine halbe Stunde ausgeblieben ist, erklärte der Bahnportier, daß der Zug eine halbe Stunde Verspätung habe. Nun trat in die frierenden Passagiere wieder bischen Hoffnung ein, daß der Zug kommen wird, weil die halbe Stunde bereits um ist. Sie hielten Ausschau in der Einfahrtrichtung, aber der Zug blieb weiter aus. Wieder war eine halbe Stunde um und da kam prompt die Meldung, daß der Zug eine volle Stunde Verspätung hat. Gewöhnlich war es immer länger als eine Stunde gewesen und die armen Passagiere waren schon halb erfroren. Müssen denn die Passagiere der Kälte ausgesetzt werden? Kann da nicht rechtzeitig bekanntgegeben werden, daß der Zug eine Stunde Verspätung hat? Das Warten hat sich zweimal täglich wiederholt. Zuerst früh auf der Heimatstation und dann bei der Zurückfahrt in Kattowitz. Die Fahrt selbst ging bei der Kälte meistens in ungeheizten Wagen vor sich, weil die Heizung meistens nicht funktionierte. Die Organisation auf den polnischen Bahnen ist immer noch mangelhaft, was so mancher Passagier mit der Gesundheit zuzahlen mußte.

Die Forderungen der Kellner

Man schreibt uns:

Trotz Ablaufes des vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Termins zu einer Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gastwirtsgewerbe ist es bis nun zu einer Verständigung zwischen ihnen nicht gekommen. Die Gastwirte ließen eine Einladung der Arbeitnehmer zu einer Aussprache unbeantwortet. Infolgedessen wird sich der Schlichtungsausschuß in den nächsten Tagen neuerdings mit der Angelegenheit befassen.

Wie wir unterrichtet werden, handelt es sich den Kellnern im Gastwirtsgewerbe darum, daß die Prozentanteile an den Einnahmen der Gastwirte (10 Prozent in den Restaurationen und 15 Prozent in den Kaffeehäusern) nicht als Zuschlag zu der vom Gaste gemachten Rechnung gelten, sondern, wie es sonst überall im polnischen Staate üblich ist, in die Preise für die einzelnen Genußmittel einkalkuliert werden. Die Kellner wollen sich hierdurch von dem Anscheine eines Trinkgeldes bewahren, den diese Art der Prozentzuschläge noch für sie hat. Des Weiteren verlangen sie, wie schon erwähnt, Befreiung vom Zwange des Fracktragens und Verpflichtung der Arbeitgeber zur Einstellung von Arbeitnehmern nur auf Grund des Arbeitsnachweises durch den Berufsverband der Kellner.

Wir glauben es sehr gerne, daß die Kellner sich von dem Anschein eines Trinkgeldes bewahren wollen, aber dieses „Bewahrenwollen" dürfte für die breite Oeffentlichkeit auch nur einen Anschein haben, denn man weiß zur Genüge, wie es beim Bezahlen in den sogenannten besseren Gaststätten geht. Da kann dem Gast nie genug abgeknöpft werden und wie steht es mit der Berechnung. Da wird gewöhnlich recht hoch nach oben abgerundet. Man kann die heutigen Verhältnisse im Gastwirtsgewerbe nehmen wie man will, immer ist der Gast der Geprellte.

Die Verlängerung der Verkehrskarten

Die Polizeidirektion hat die Gültigkeitsdauer der bisherigen Verkehrskarten bis zum 1. März 1928 verlängert. Eingaben um neue Verkehrskarten werden weiterhin entgegengenommen werden, mit Ausnahme der Zeitperiode vom 1. bis 10. Januar einschließlich, in welcher die Tätigkeit des Verkehrskartenbüros für diese Entgegennahme unterbrochen wird. (jt.)

Vor neuen Entscheidungen in der Arbeitszeitfrage

Ohne von den Beschlüssen des letzten Betriebsrätekongresses etwas anzunehmen, hat die Regierung dem oberschlesischen Arbeiter von neuem etwas aufgezwängt. Der 8-Stundentag am 1. Januar war die Parole und deshalb wurde genügend mit dem Demobilmachungskommissar verhandelt, waren Organisationsvertreter und Betriebsräte in Warschau. Alle möglichen Versprechungen, weitgehende Zusagen wurden gegeben und zum Schluß anstatt einer Verordnung eine nichts sagende Bekanntmachung.

Mit dieser Bekanntmachung befaßte sich gestern eine Konferenz der Gewerkschaften und Betriebsräte und einmütig wurde gegen sie Protest eingelegt. Ist sie doch so unvollkommen, daß man sich überhaupt wundern muß, wie die Regierung sie erlassen konnte, andererseits beweist sie kraß, daß die Regierung von den oberschlesischen Verhältnissen nicht die geringste Ahnung hat. Die Bekanntmachung besagt:

Die Grundsätzlichkeit der achtstündigen Arbeitszeit anerkennend, will die polnische Regierung die eingeleitete Aktion zur Wiedereinführung des Achtstundentages in den Hütten Oberschlesiens beschleunigen. Trotzdem noch nicht alle Umstände, die zur Verlängerung der Arbeitszeit im Jahre 1924 beitrugen, beseitigt sind, hält es die Regierung für notwendig, nachstehende Anordnung im Sinne der Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit zu treffen:

I.

1. Beginnend mit dem 1. Januar 1928 darf die Arbeitszeit für folgende Kategorien acht Stunden täglich nicht überschreiten:

A) Eisenhütten.

1. In Stahlwerken und Stahlgießereien für alle Arbeiter, die unmittelbar bei heißen Arbeiten beschäftigt sind. (Dies betrifft nicht die Außenbedienung.)
2. Arbeiter, beschäftigt unmittelbar bei der Bedienung der Generatoren.
3. In den Beizereien die Beizer und die unmittelbar an den Säurebottichen beschäftigten Arbeiter.
4. In den Verzinkereien die ersten und zweiten Verzinker und die Arbeiter, welche unmittelbar bei der Erzeugung flüssigen Zinks und bei der Verzinkerei beschäftigt sind.
5. Antogenschweißer.
6. Heizer in Kesselhäusern mit Handbetrieb.
7. Maurer bei heißen Arbeiten.

B) Zinkhütten.

1. Arbeiter in den weißen Mühlen.
2. Blendeabfahrer von den Mühlen.
3. Arbeiter in den Röstehütten, welche noch länger als acht Stunden arbeiten.
4. Die Bedienung an den Schachtöfen zur Erzeugung von Zinkoxid, gleichzeitig die Arbeiter bei der Zinkoxiderzeugung mit Handbetrieb.
5. Arbeiter in den Chamottemühlen.
6. Arbeiter, dauernd und unmittelbar beschäftigt bei Erzeugung von Säuren.
7. Löter.
8. Heizer in Kesselhäusern mit Handbetrieb.
9. Maurer bei heißen Arbeiten.

C) Blei- und Silberhütte Friedrichshütte.

1. Blenderecher.
2. Blendezerkleinerer.
3. Arbeiter, beschäftigt bei der Erzeugung von Säure.

D) Arbeiter, welche unmittelbar und ständig in den Kokereien bei der Gewinnung der Nebenprodukte wie Benzol, Ammoniak und Teer beschäftigt sind.

Die technischen Vorbereitungen, welche zur Ueberleitung der angeführten Kategorien zum Achtstundentag notwendig sind, müssen bis zum 9. Januar 1928 beendet sein.

II.

Zur Entscheidung von Streitigkeiten, welche aus der Zugehörigkeit einzelner Arbeiter zu den aufgeführten Kategorien entstehen, ist der Demobilmachungskommissar berechtigt.

III.

Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit an Sonnabenden für diejenigen Arbeiter, welche weiter zehn Stunden arbeiten, wird durch eine zu diesem Zwecke berufene Kommission bis zum 15. Februar 1928 geprüft.

IV.

Alle Hütten werden aufgefordert, bis zum 1. Februar 1928 dem Demobilmachungskommissar einen Plan vorzulegen, aus welchem hervorgeht, wie die Ueberleitung der restlichen Kategorien, welche unter Einwirkung von hoher Temperatur, Staub und Gas arbeitenden, zum Achtstundentag spätestens bis 1. September 1928 erfolgen soll.

In ausnahmsweise begründeten Fällen kann der Termin bis spätestens 1. November 1928 verschoben werden.

Das Arbeitsministerium.
(Stempel.)
Der Demobilmachungskommissar.
gez. Galot.

Warschau, den 23. Dezember 1927.

Daß der Inhalt dieser verständnislosen Bekanntmachung nur geeignet ist, innerhalb der Arbeiterschaft Befremden und Unruhe hervorzubringen, braucht erst gar nicht gesagt zu werden. So werden Arbeiter, die schon vor dem Kriege auf 8 Stunden gearbeitet haben, überhaupt nicht angeführt. Ueberhaupt ist von einer stufenweisen Ueberführung keine Rede. *Das Hauptübel jedoch ist, daß die alte Verordnung über den 10-Stundentag weiter in Kraft bleibt.*

Heute findet ein Kongreß der Betriebsräte statt und er wird erneut mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck bringen, daß die oberschlesische Arbeiterschaft sich mit dieser Bekanntmachung nicht begnügen wird. Das Arbeitsministerium muß auf dem Verordnungswege die Arbeitszeitfrage regeln. Und es ist auch nicht zu erwarten, daß die Einheitsfront der Hüttenarbeiter gebrochen wird und die Beschlüsse des letzten Betriebsrätekongresses nicht eingehalten werden.

Wir können schon heute sagen, daß wir innerhalb der Arbeiterbewegung vor allerlei Ueberraschungen stehen, die das neue Jahr bringen dürfte.

Kattowitz und Umgebung

Polizeiverordnung über die Regelung des Straßenverkehrs bei Anfahrt der Feuerwehr.

Wesentliche Bestimmungen weist die Polizeiverordnung vom 25. Oktober d. Js., welche im Einverständnis des Wojewodschaftsrats erlassen und inzwischen im „Dziennik Ustaw" veröffentlicht worden ist, bezüglich der Regelung des Straßenverkehrs bei Anfahrt der Feuerwehr, auf.

Danach müssen sämtliche Fahrzeuge auf das Signal der herannahenden Feuerwehr, sowie der Sanitätsmannschaft die Fahrt sofort unterbrechen und zur Seite fahren, damit sämtliche Gerätewagen und Autos der Feuerwehr ungehindert passieren und den Brandort bezw. die Unfallstelle schnellstens erreichen können. Ebenso muß die vorbeifahrende Straßenbahn zum Halten gebracht werden. Straßenpassanten sind gleichfalls verpflichtet, auf das gegebene Signal die Straße unverzüglich freizugeben und nicht eher den Durchgang auf den gegenüberliegenden Bürgersteig vorzunehmen, bis die Fahrzeuge der Feuerwehr, sowie im gegebenen Falle der Sanitätsmannschaft, bereits durchgefahren sind.

Als Fahrzeuge der Feuerwehr sind sämtliche Gerätewagen und -Autos, welche zur Löschung von Bränden dienen, ferner die Mannschaftswagen und schließlich die Sanitätswagen, welche letztere durch das „Rote Kreuz" in weißem Felde erkenntlich sind, anzusehen.

Bei der Fahrt nach der Brandstelle werden Signale mit der Rasselglocke und dem Feuerwehr-Signalhorn abgegeben. Besondere Feuerwehr-Autos gebrauchen spezielle Sirenen- und Pfeifensignale.

Sämtliche Fahrzeuge der Feuerwehr weisen optische Lichtsignale auf. Während tagsüber besonders gekennzeichnete, kleine rote Lichtsignale Anwendung finden, werden zur Nachtzeit hellodernde Fackeln bezw. rote Laternen an der rechten Seite des Führersitzes angebracht. Des weiteren müssen stets alle Feuerwehrautos sowie die Sanitätsautos weiß-rote Fahrtanzeiger aufweisen, welche zur Nachtzeit rot leuchten und vorn am Führersitz bezw. an der linken Seite angebracht sind.

Streng verboten ist die Anwendung aller vorerwähnten Signale und Lichtzeichen durch andere Fahrzeuge, als solche der Feuerwehr.

Alle Ueberschreitungen der Polizeiverordnung werden durch Geld- bezw. Arreststrafen geahndet.

Deutsches Theater und Volkshochschule. Wir weisen nochmals darauf hin, daß heute abend 8 Uhr in der Aula des Lyzeums der Vortrag von Herrn Dr. Erich Schalscha: „Aus der Werkstatt des Theaters" stattfindet. Der Vortrag wird eine Einführung in den praktischen Theaterbetrieb bieten sowie Historisches und Aesthetisches über die Bühnenkunst enthalten. Karten von 1 bis 3 Zloty an der Abendkasse von 6 Uhr ab. Schülerkarten 50 Groschen.

Ausbruch von Brandgasen auf Gieschegruben. Am Donnerstag vor dem Weihnachtsfeste wurde die Belegschaft der 400-Meter-Sohle, Steiger Mücke Nickischschacht durch ausströmende Brandgase überrascht, welche von der Belegschaft noch rechtzeitig bemerkt wurde, so daß sich dieselben noch rechtzeitig retten konnten, außer 6 Bergleuten welche bewußtlos zurückblieben. Die Rettungskolonne welche rechtzeitig eingriff, fand die 6 Bergleute, welche auf der Flucht zusammenbrachen, ohne alle Lebenszeichen, und wurden sofort nach Uebertage geschafft. Wiederbelebungsversuche welche vom Dr. Senczek nebst der Sanitäterkolonne der Feuerwehr gemacht wurden, waren, obwohl es keine große Hoffnung gab, dennoch mit Erfolg. Alle 6 Bergleute konnten noch gerettet werden und wurden dem Knappschaftslazarett Myslowitz zugeführt. Unter den 6 Bergleuten befindet sich unser Mitglied Kamerad Feist des alten Bergarbeiterverbandes.

Ein Roheitsakt. Der Arbeiter Rosmus aus Janow von der Fuhrwesenabteilung der Gieschegruben war am 24. Dezember im Block 4 Nickischschacht, mit dem Verladen und Abfuhr des Hausschuttes beschäftigt. Bei dieser Gelegenheit versuchte ein Schulbube aus Uebermut die Pferde des Fuhrwerks mit Steinen zu bewerfen, so daß der Kutscher demselben dieses auf weiteres verbieten mußte. Dessen ungeachtet, ließ derselbe von seinem Vorhaben, obwohl des Verweises nicht ab und wurde noch frecher. Der Kutscher Rosmus war gezwungen gegen den frechen Buben vorzugehen, wobei er denselben mit einem Peitschenschlag bestrafte. Durch diese wohlverdiente Strafe, nahm der Vater des Buben denselben noch in Schutz und ging mit aller Brutalität gegen Rosmus vor, wobei er denselben mit der Schaufel am Kopfe so bearbeitete bis er schwerverletzt zusammenbrach und im bewußtlosen Zustande dem Knappschaftslazarett Myslowitz zugeführt werden mußte. Gegen den Rohling, einen gewissen Wagner von der Querstraße 2, mußte die Polizei herangezogen werden, welche den Tatbestand durch Zeugen feststellte. Den Rohling erwartet anbei eine schwere gerichtliche Bestrafung, denn die Verletzungen sind so schwer, so daß dieselben den Tod nach sich ziehen können. Rosmus ist Familienvater von mehreren Kindern. Für die Familie war die Tragödie eine traurige Weihnachtsfeier.

Brandschaden. In der Cementfabrik „Wysoka" im Dombrowaer Revier, brach ein Brand aus, der einen Teil der Fabrik mit den dort befindlichen Maschinen einäscherte. Der Brandschaden beträgt 400 000 Zloty.

Von einem Bullen getötet. In dem Dorfe Grzegozowitz bei Dombrowa wurde der Stallknecht Wladislaus Widmanski beim Abfüttern des Rindviehs von einem Bullen aufgespießt, so daß ihm die Gedärme aus dem Leibe hervortraten. Nach kurzer Zeit verstarb der Bedauernswerte.

Verbindungs-Chaussee Schoppinitz—Sosnowice. Wegen Ausbaues der Verbindungsstraße Schoppinitz—Sosnowice schweben zwischen den Kreisverwaltungen Kattowitz, Bendzin und Sosnowice Verhandlungen. Der Weg stellt zwischen den genannten Ortschaften die einzige Verbindung dar, ist unbeleuchtet und befindet sich meistenteils bei Regenwetter in einer trostlosen Verfassung. Diese Straße ist das letzte Mal von den deutschen Truppen beim Einmarsch auf dem ehemaligen russischen Boden provisorisch reguliert worden.

Königshütte und Umgebung

Baupläne des Magistrats.

Scheinbar, infolge des von der D. S. A. P.-Stadtverordnetenfraktion in der letzten Stadtverordnetensitzung eingebrachten Dringlichkeitsantrages, der endlich die Schaffung von Wohnungen forderte, plant der Magistrat im nächsten Frühjahr (?) tüchtig der Wohnungskalamität zu Leibe rücken zu wollen, indem er, wie man hört, 2 große Häuserblöcke, mit je drei Häusern bauen will. Während ein Häuserblock auf dem freien Platze an der ulica Krzyzowa (Kreuzstraße) unweit der St. Josefskirche erstehen soll, wird der Bau des zweiten Blockes an der ulica Cmentarna (Ecke Stein- und Heidukerstraße) erwogen. Nach den vorhandenen Plänen, sollen 84 Wohnungen von 1—2

Börsenkurse vom 28. 12. 1927
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8.91¾ zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.25 zł
	1 Dollar		=	8.91¾ zł
	100 zł		=	46.92 Rmk.

Zimmern und Küche, Vorratskammer und Badezimmer geschaffen werden. Damit sich die Häuser besser rentieren und die Mieten nicht zu hoch werden, sollen je zwei Läden eingebaut werden. Die Baukosten sind auf vorläufig 1.5 Millionen Zloty veranschlagt und sollen durch Aufnahme einer Anleihe gedeckt werden. An und für sich ein begrüßenswerter Plan, der allseitiger Unterstützung gewiß ist, wenn es bloß nicht, wie schon bei vielen anderen derartigen Plänen beim Plan bleibt. Doch wir hoffen, daß es diesmal Magistratus ernst meint und auch den Plan verwirklichen wird, denn nur großzügige Häuserbauten, wie es in anderen Staaten der Fall ist, können uns aus der großen Wohnungsnot und ihren näheren Begleiterscheinungen retten.

Verlängerte Geschäftszeiten. In Königshütte können im nächsten Jahre ausnahmsweise die Geschäfte bis um 8 Uhr abends offen gehalten werden und zwar: Am Mittwoch, den 1. Februar, Sonnabend, den 3. und 31. März, Donnerstag, den 5. April, Mittwoch, den 2. Mai, Sonnabend, den 26. Mai, Sonnabend, den 2. und 30. Juni, Sonnabend, den 1. und 29. September, Mittwoch, den 31. Oktober, Sonnabend, den 17. November, Sonnabend, den 15. Dezember, Mittwoch, den 19. Dezember, Donnerstag, den 20. Dezember, Freitag, den 21. Dezember, Sonnabend, den 22. und 29. Dezember, Montag, den 30. Dezember.

Regulierung des Suezkanals. Dieser Tage wurde in Anwesenheit des Magistrats und der bauausführenden Firma, die Einführung der Gewässer in den neuen Lauf des Suezkanals vorgenommen. Der neue Bauabschnitt befindet sich vom Plac Matejki, etwa 70 Meter hinter der ulica Urbanowicza (Flurstraße), in einer Länge von über 250 Meter ist der Graben in einem gewölbten Kanal gefaßt worden, weitere 100 Meter bis hinter die Gasanstalt sind die Gewässer in einen offenen, mit Klinkerziegeln ausgelegten Graben reguliert. Dadurch werden in den Sommermonaten die daselbst gelegenen Schulen, Krankenhaus, die Landesversicherungsanstalt und andere privaten Gebäude von den gesundheitsschädigenden Ausdünstungen verschont bleiben. Auf diesem überdeckten und mit Muttererde ausgeschütteten Gelände, wird im nächsten Frühjahr mit der Anlegung der neuen Parkanlagen begonnen.

Errichtung einer Schmalspurbahn. Nach Erfüllung der Sicherheitsbedingungen hat die Skarboferme mit der Errichtung einer Schmalspurbahn zwischen dem Karolinen- und Bahnschacht, die über die ulica Wandy (Charlottenstraße) führen wird, begonnen. In der Hauptsache soll die neue Strecke der Materialienbeförderung dienen.

Ankauf von Strumpfstrickmaschinen. Für den Unterricht in den Handarbeitsschulen und für das katholische Waisenhaus, hat die Stadt mehrere Strumpfstrickmaschinen angekauft und sie den genannten Instituten überwiesen. Man hofft dadurch mehr zur Heimarbeit überzugehen.

Der Prozeß gegen den Postdefraudanten Keßler. Der Postassistent Keßler, der s. Zt. den Aufsehen erregenden Millionendiebstahl auf dem Postamt in Königshütte verübt hat, wurde vor einiger Zeit den polnischen Behörden ausgeliefert. Die strafrechtliche Untersuchung, die sofort nach dem Eintreffen des Keßler in Königshütte begonnen wurde, konnte dank der Ermittelungen der polnischen und deutschen Kriminalbehörden beschleunigt werden, so daß heute bereits das Vorverfahren abgeschlossen ist. Die Untersuchungsakten wurden darauf dem hiesigen Strafgericht übermittelt, das seinerseits ebenfalls die Vorarbeiten für die öffentliche Verhandlung beendet, so daß schon in den nächsten Tagen der Fall Keßler zur Aburteilung kommen kann. Wie wir erfahren, findet die Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer am 3. Januar des kommenden Jahres statt.

Ein Selbstversorger. Einen billigen Silvesterkarpfen verschafften sich unbekannte Täter, indem sie in der Markthalle dem Fischhändler Alexander Dratwa von der ulica 3-go Maja 38, 60 Pfund Karpfen im Werte von 140 Zloty entwendeten.

Myslowitz

Die Wahlvorbereitungen in Myslowitz.

Gegenwärtig wird in Myslowitz sehr eifrig an der Aufstellung der Wählerlisten gearbeitet. Die Stadt selbst wurde in acht Wahlbezirke eingeteilt. Jeder Wahlbezirk erhielt eine Wahlkommission, bestehend aus drei Personen. Diese Wahlkommissionen wurden in der letzten Stadtverordnetenversammlung gewählt. Bei den letzten Kommunalwahlen hatte Myslowitz nur drei Wahlbezirke mit drei Wahllokalen gehabt. Diese drei Wahllokalitäten konnten die Wähler nicht fassen, weshalb großer Andrang herrschte und die Wähler hauptsächlich in den Nachmittagsstunden und abends in langen Reihen vor den Wahllokalen standen. Dabei gab es bei den Kommunalwahlen Wahlzwang und es hat mehr als 90 Prozent aller Wähler das Wahlrecht ausgeübt. Bei den bevorstehenden Sejmwahlen wird in acht Lokalen gewählt, da dürfte es schon gemütlicher zugehen. Es muß auch damit gerechnet werden, daß ein erheblicher Prozentsatz der Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen werden.

Wir haben keine Teuerung

Das statistische Hauptamt in Warschau veröffentlicht jeden Monat ziffernmäßige Berichte über das Steigen bezw. Sinken der Unterhaltungskosten einer fünfköpfigen Familie. Im Dezember hat das statistische Hauptamt neben dem gewöhnlichen Monatsberichte, der die Steigerung der Unterhaltungskosten wieder um 2 Prozent anzeigte, einen Generalbericht veröffentlicht, laut welchem die Unterhaltungskosten seit November 1925 bis Dezember 1927 um 43 Prozent gestiegen sind. Diese 43 prozentige Steigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel in den zwei Jahren hat das statistische Amt selbst notiert. Sie sind also nicht durch Vergleiche zwischen den früheren und den jetzigen Preisen ermittelt worden, sondern durch eine gewöhnliche Addierung der Notierungen. Hätte das statistische Amt Vergleiche zwischen früher und heute angestellt, so wäre das Ergebnis wesentlich anders ausgefallen. Selbst die Brotpreise sind in dieser Zeit um mehr als 80 Prozent gestiegen, von Fleisch, Fett und Hülsenfrüchten ganz zu schweigen.

In diese Zeit fällt die Entwertung des polnischen Zloty um mehr als 70 Prozent. Die Regierung selbst hat die Zlotyentwertung auf 73 Prozent eingeschätzt und die Stabilisierung des Papierzloty auf dieser Basis durchgeführt. Die 73 prozentige Geldentwertung hat logischerweise eine Steigerung aller Auslandsartikel schon zumindestens um 73 Prozent verursacht. Dieser Artikel sind es viele, beispielsweise alle Kolonialartikel, dann Heringe, Schmalz, Reis, Wolle, Baumwolle usw. Alle diese Artikel müssen in Goldwährung eingekauft werden, weshalb es völlig ausgeschlossen ist, daß diese Artikel auch nur um 43 Prozent gestiegen sind. Tatsächlich sind die Kolonialartikel in ihren Produktionsländern gestiegen. Auch das amerikanische Schmalz in den zwei Jahren in Amerika von 26 auf 28 Dollar für 100 Kilogramm gestiegen. Es verbleiben nur noch die polnischen landwirtschaftlichen Produkte. Vergleicht man die Preisnotierungen auf den Börsen für Getreide, so sind die Brotfruchtpreise in Polen sogar noch höher als im Auslande. Dies trifft hauptsächlich für den Weizen zu, während die Roggenpreise ungefähr dieselben sind. In Deutschland und der Tschechoslowakei sind sogar die Roggenpreise noch niedriger als bei uns. Der polnische Bauer ist genau so schlau im Geldnehmen wie sein ausländischer Kollege. Dabei ist seine Lage viel günstiger als die seiner Auslandskollegen, weil er nicht nur durch die hohen Zölle geschützt ist, aber infolge gänzlicher Verbotseinfuhr von Landprodukten und Obst für seine minderwertige Produktion noch mehr verlangt als der Auslandsbauer. Mit einem Wort: der polnische Bauer hat nicht nur die Preise mit der Zlotyentwertung ausgeglichen, aber dieselben noch darüber hinaufgesetzt. Und die Zlotyentwertung wurde amtlich mit 72½ Prozent festgestellt. Wie kommt da also ein amtliches Organ, das statistische Hauptamt in Warschau dazu, zu behaupten, daß die Teuerung in den zwei letzten Jahren nur um 43 Prozent gestiegen ist, wenn andererseits die Geldentwertung, der doch die Preise längst angepaßt wurden, 73 Prozent betragen? Wir sind doch schließlich keine Kinder, denen man alles weiß machen kann und die gleich alles glauben. Würden also die Lebensmittelpreise in den beiden zwei Jahren nur um 43 Prozent gestiegen sein, dann hätten wir keine Teuerung, im Gegenteil, Polen könnte als ein billiges Land in Europa gelten. Nun ist es aber umgekehrt der Fall, weil wir zu den teuersten Ländern in Europa gehören. Das gibt selbst das statistische Hauptamt zu und zwar in demselben Bericht und weist das sogar durch Zahlen nach.

Vor dem Monate November 1925 betrugen die Lebensmittelpreise in Goldwährung im Vergleich zu den Vorkriegspreisen 117,5 — am 1. Dezember 1927 betrugen die Lebensmittelpreise in Goldwährung im Vergleich zu den Vorkriegspreisen 121,8. In den beiden Jahren sind also die Unterhaltskosten bezw. die Teuerung in Goldwährung um 3,7 Prozent gestiegen. Liest man diesen Bericht, so weiß man nicht recht, woran man glauben soll. Es wird im Bericht zuerst behauptet, daß die Teuerung in den 2 Jahren um 43 Prozent gestiegen ist, und dann einige Zeilen weiter gesagt, daß die Preise in Goldwährung gar um 3,7 Prozent im Vergleich mit den Preisen vor zwei Jahren gestiegen sind. Wenn sie also um 3,7 Prozent in Goldwährung gestiegen sind, dann mußten sie die 73 Prozent, um welche der Zloty entwertet wurde, auch gestiegen sein. Nach dieser statistischen Aufstellung ist die Teuerung um 73 Prozent plus 3,7 Prozent oder um 76,7 Prozent und nicht um 43 Prozent wie uns das statistische Hauptamt glauben machen wollte, gestiegen.

Die schlesischen Bergarbeiter stehen vor einer Lohnbewegung. Jedesmal, wenn das Lohnabkommen im Bergbau gekündigt wird, kommt ein längerer Bericht des statistischen Amtes zur Veröffentlichung. Das ist bereits ein System geworden, durch das die Arbeiterforderungen gestört, wenn nicht überhaupt unmöglich gemacht werden sollen.

Republik Polen

Ein betrügerischer N. P. R.-Stadtrat.

In Inowroclaw (Hohensalza) zerbrach man sich auf dem Magistrat seit langem den Kopf, wie es bloß in aller Welt möglich ist, daß ein gewisser Herr Gromczyk einerseits seine Mühle Tag und Nacht mit dem Strom des städtischen Elektrizitätswerks in Betrieb setzt und mit vielen Glühbirnen erleuchtet, andererseits aber für den gelieferten Strom kaum etwas zu zahlen hat. Wie alle anderen Sterblichen hätte nun die Obrigkeit auch dem Pan Gromczyk sagen können: guter Freund, so geht die Geschichte denn doch nicht; bei dir scheint etwas nicht in Ordnung zu sein, zum mindestens an deinem Zähler.

Doch man wagte es nicht einmal, Herrn Gromczyk durch die Blume verstehen zu geben, denn der ehrenwerte Herr war selber Mitglied des Magistrats: Radca miejski, auf Deutsch: Stadtrat.

Nebenbei bemerkt: auch Mitglied der berüchtigten N. P. R., oder Polnisch nationalen Arbeiterpartei, deren „Führer" es für selbstverständlich halten, daß sie auf Grund ihres Patriotismus, der sich meistens auf ihr Mundwerk erstreckt, gewisse Pöstchen in Erbpacht haben. Wie diese Herrschaften sich dann gesundstoßen, zeigt ein Fall in Oberschlesien, wo vor kurzem ein Abgeordneter dieser Partei wegen Betrügereien ins Kittchen kam; ferner der Fall des Abg. Popiel, der durch den Prozeß des Generals Zymierski belastet wurde und abdanken mußte, und nicht zuletzt der Fall Gromczyk.

Als nun dem Magistrat in Inowroclaw die Sache doch zu bunt wurde und die ausgerechneten Stromverluste bereits in die Zehntausende Zlotys gingen, übergab er den Fall der Polizei. Aber immer noch mit Glaceehandschuhen wurde Gromczyk angefaßt, während man jeden anderen obywatel wohl gesagt hätte: Mensch, du bist ein Gauner und reif für schwedische Gardinen.

Man traute sich also nicht, den Zähler zu kontrollieren, was sich auch der Herr Stadtrat dank seiner Würde schön verbeten hätte. Niemand kam an den Zähler heran. Mit Ausnahme des Kassierers, der bloß alle Monat den Stand ablas. Plötzlich kam man auf die geistreiche Idee, dem Herrn Stadtrat weis zu machen, ein Blitzschlag habe die elektrische Leitung durchbrannt und den Zähler beschädigt. Der alte Zähler wurde daher abgenommen und ein neuer, tadellos funktionierender Zähler angebracht, plombiert und — alles blieb beim Alten. Die Mühle des Stadtrat arbeitete und leuchtete elektrisch Tage und Nächte, doch die Rechnungen blieben genau so gering, wie sie vorher gewesen waren.

Eines schönen Tages, nachdem man schon vorher festgestellt hatte, daß die Plomben am Zähler durch falsche ersetzt waren, wurde man energischer und untersuchte etwas schärfer. Und wer da sucht, der findet. Also auch der betreffende Monteur, der feststellte, daß die elektrische Leitung dermaßen sinnreich bei dem Herrn Radca angelegt war, daß nur ein Teil des Stroms durch den Zähler ging. Weitere Nachforschungen ergaben, daß es auf diese Weise möglich wurde, daß der Zähler nur den 22. Teil des verbrauchten Stroms anzeigte und daß die Stadt einen Verlust von 60 000 Zloty erlitten hatte. So kam denn die Sache vor das Strafgericht Bromberg. Der Staatsanwalt beantragte 4 Jahre Gefängnis, doch der Herr Radca kam mit einem davon. Ein Helfershelfer vom Elektrizitätswerk namens Kobuszewski wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Die N. P. R. hat aber einen Heiligen mehr.

Theater und Musik

„Alt-Heidelberg".

Schauspiel in 5 Aufzügen von Wilhelm Meyer-Förster.

Wenn auch die Tendenz dieses Stückes längst überholt ist und die sogenannte „Rührseligkeit" des Inhalts nicht mehr in die moderne Zeit hineinpaßt, so geht doch ein gewisser Zug von dem Ganzen aus, dem sich auch der ärgste Bekritteler nicht entziehen kann. Die fröhliche, ungebundene Sphäre der Studentenzeit, wird in so manchem Zuschauer die verschiedensten Erinnerungen geweckt haben und diese zarte Mädchenblume gar wirkt wie ein Traum längst entschwundener Zeit. Das Milieu des regierenden Fürstenhauses ist natürlich etwas unmöglich geworden, aber einige vortreffliche Gestalten merzen den Fehler schnell aus. Und wenn uns „Alt-Heidelberg" auch nichts mehr gibt, als die Erinnerung an ein Stück frohe Jugendzeit — es braucht nicht gerade nur Studenten damit zu meinen, so ist auch diese Auslegung etwas wert, insofern, als jeder Mensch gern an bestimmte Augenblicke seiner Vergangenheit zurückdenkt. Darum ist es nicht verwunderlich, wenn „Alt-Heidelberg" immer wieder Anklang findet.

Offen gestanden, man ging mit einer gewissen unangenehmen Empfindung zu der gestrigen Vorstellung; denn nach der Königshütter Premiere war nichts Gutes zu erwarten. Mit Freuden stellen wir fest, daß die Aufführung über alle Maßen erfolgreich war. Zunächst waren es Hermann Haindl's reizvolle Bühnenbilder, die den äußeren Rahmen sehr nett gestalteten. Die Studentenchöre waren zwar in der Anzahl gut, im Gesang aber etwas schwach, was besonders im letzten Akt anläßlich des Liedes „O alte Burschenherrlichkeit" auffiel. Die einzelnen Personen waren gut am Platze. Joachim Ernst gab als Karl-Heinz eine gute Figur ab und bemühte sich ernsthaft, seine Rolle zu meistern. Wir können auch hier mit Genugtuung bemerken, daß Herr Ernst entschieden Fortschritte in seiner Kunst macht nur müßte seinerseits auf den Gesichtsausdruck noch mehr Gewicht gelegt werden. Ein entzückendes Käthchen bot Ilse Hirth. Völlig ungekünstelt im Spiel und dezent in jeder Weise bildete sie tatsächlich den Lichtpunkt des Stückes. Ganz ausgezeichnet wie stets entledigte sich Fritz Leyden, — der auch das Ganze inszeniert hatte, — seiner Aufgabe als Dr. Jüttner. Es gelang ihm vortrefflich, die etwas saloppe, aber sonst goldtreue Natur des prinzlichen Erziehers zu verkörpern. Ueberhaupt ist Herrn Leyden's Kunst sehr schätzenswert, denn jede noch so unscheinbare Rolle gewinnt bei ihm Leben und Inhalt. Ein gleiches Lob gebührt Otto Lange, dessen Kammerdiener Lutz eine Prachtleistung war. Es würde zu weit führen, alle Spielenden namentlich zu benennen, es sind demgemäß noch hervorzuheben: Herbert Schiedel als Asterberg, Heinz Kahnemann, der biedere, wohlgelungene Heidelberger Wirt, Lotte Fuhst in der der Großtante (zum Totlachen) und August Runge's Kellermann mit seinem stereotypen „Jawoll, jawoll, jawoll." Alle übrigen Personen waren durchaus zufriedenstellend. Die Regie klappte, bis auf die zu langen Pausen, ganz gut, so daß die gestrige Aufführung also auch unter die Erfolge unseres diesjährigen Winters gerechnet werden kann.

Es hatte sich größtenteils Publikum jüngeren Genres eingefunden, das dem Gebotenen mit Begeisterung folgte, mitlachte, mitweinte und an jedem Aktschluß in stürmischen Beifall ausbrach.

A. K.

„Aschenbrödel".

Märchen in 7 Bildern von C. A. Görner.

Zum dritten Male öffneten sich gestern nachmittags die Theaterpforten in dieser Saison den ganz Kleinen. Aschenbrödel, das liebliche Märchen vom schlecht und gut, von gerecht und ungerecht wurde in neuer Form und noch schöner als sonst miterlebt. Die Regie hatte sich die lebhafteste Mühe gegeben, durch entzückende Bühnenbilder, märchenhafte Gewandung und viel verschiedene Gestalten der Fantasie des kleinen Völkchens weiten Spielraum zu lassen. Dazu kamen Stefa Kraljewa's wunderbare Tanzeinlagen und die musikalische Leitung unter Kapellmeister Peyser. Irmtraut Hugni gab ein entzückendes Aschenbrödel, dem natürlich auch der Prinz Wunderhold (Joachim Ernst) nicht fehlte. Otto Lange (König Kakadu) mit seinem sonderbaren Hofstaat und alle die anderen: Feen, die zwei neidischen Schwestern, der Syfax und so fort und so fort, sie alle geben ihr Bestes, um den Kindern ein paar herzerfreuende Stunden zu bereiten. Und das ist ihnen wirklich gelungen, denn wer die selig strahlenden Augen der Kleinen gesehen hat, der weiß, wie groß ihr Glück ist, den Vorgängen der großen Bühne zu lauschen und „richtiges Theater zu erleben." Es war ganz ausverkauft und jubelnder Beifall und sogar Blumen dankten der wackeren Künstlerschar.

Briefkasten

H. 27. Eine Verjährung ist nicht anzunehmen, ob jedoch eine Klage Erfolg haben dürfte, liegt in den Umständen der Sache selbst. Es ist ratsam, zuerst mit einem Rechtsanwalt Rücksprache zu nehmen. Auf polnischem Gebiet kann nur eine Forderung in Zloty erfolgen. —Wie hoch sich die Gerichtskosten belaufen, bestimmt das Gericht.

Der Mussolinismus in der auswärtigen Politik

Von Rudolf Breitscheid.

Die Wege der italienischen Außenpolitik sind sonderbar. Bekanntlich hat vor kurzem Mussolini in einer Rede im Senat den Franzosen diplomatische Verhandlungen zur Bereinigung der zwischen den beiden Ländern schwebenden Streitfragen angeboten. Die Anregung ist von der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen worden. Man sträubt sich nicht grundsätzlich gegen die Besprechungen, aber man fürchtet, daß der Diktator weitgehende und unerfüllbare Forderungen aufstellen wird. Man verhält sich zunächst abwartend.

Um diese Unlust zu überwinden, gibt nun die römische „Tribuna" den Preis bekannt, den die italienische Regierung für Zugeständnisse des Nachbarn zahlen will. Sie ist nach der Versicherung des Blattes bereit, mit Frankreich ein militärisches und politisches Bündnis einzugehen, das der wirksamen Sicherstellung gegen das Deutschland von morgen dienen soll. Die deutsche Gefahr wird mit grellen Farben an die Wand gemalt. Der Locarno-Vertrag —zu dessen Garanten doch Italien selber gehört — sei für Frankreich kein ausreichender Schutz. Der lasse sich nur finden in der moralischen und militärischen Solidarität mit den 42 Millionen Italienern. Nur dieses Bündnis könne das Germanentum und den Bolschewismus abwehren und die lateinische Kultur und den Katholizismus sichern.

Es ist nicht recht klar, auf wen mit dieser phantasievollen Darstellung gewirkt werden soll. Die sich am skeptischsten gegenüber dem italienischen Verhandlungsangebot verhalten, sind die Parteien und Presseorgane der französischen Linken, sind die Sozialisten und Demokraten, die nach ihrer ganzen Haltung kaum für eine antideutsche Allianz zu haben sein werden und die bei ihrer Abneigung gegen den Klerikalismus durch den Hinweis auf die gemeinsame Verteidigung der katholischen Kultur nicht auf die von der „Tribuna" vorgezeichnete Linie gelockt werden können. Für sie wird der Gedanke einer Annäherung an Italien durch die Ausmalung der Vorteile eines militärischen Bündnisses nur noch mehr kompromittiert.

Und wenn nun selbst, was als ausgeschlossen gelten kann, die gegenwärtige französische Regierung mit einem Briand als Außenminister dem törichten Projekt sich günstig zeigen würde, so wird doch allgemein erwartet, daß nach den Wahlen im Mai die französische Linke einen stärkeren Einfluß auf die Politik des Landes gewinnt und in diesem Augenblick wäre es dann mit der erträumten Herrlichkeit der lateinischen Union zu Ende. Mit den klerikalen Royalisten, den unentwegten Nationalisten und dem kleinen Häuflein von Anbetern mussolinischer Staatskunst in Frankreich ist kein ernsthaftes Geschäft zu machen. Das müßte die „Tribuna" eigentlich selber wissen.

Offenbar weiß sie es auch, oder, besser gesagt, der Faschismus weiß es, denn gleichzeitig läßt er in einem anderen Blatte andeuten, daß, wenn Frankreich seinen Wünschen nicht das nötige Entgegenkommen zeige, Deutschland zur Verfügung stehe. Italien besitze keine grundsätzlichen Abneigungen und Zuneigungen, es könne auch mit dem Verbündeten von ehemals gehen, der ja heute nicht mehr wie einst in der Lage sei, es bevormundend zu beherrschen. Was in diesem Falle aus der lateinischen Kultur und dem Katholizismus werden soll, und wie der Vormarsch des Germanentums und des Bolschewismus aufzuhalten wäre, wird freilich nicht gesagt. Müssen wir über diese merkwürdige Politik erstaunt sein? Nach den Erfahrungen der letzten Jahre liegt dazu kaum ein Anlaß vor. Im Jahre 1923 hat Mussolini in Berlin einen Fühler ausgestreckt, um wegen eines etwaigen deutschitalienischen Zusammengehens gegen Frankreich zu sondieren, und um dieselbe Zeit sind Deutschland von Italien aus auch Waffen zum Kauf offeriert worden. Die deutschen politischen Stellen waren vernünftig genug, die Freundschaftserklärung recht kühl aufzunehmen und das Reichswehrministerium, das zunächst, wie es scheint, mit dem Gedanken des Waffenerwerbs ein wenig gespielt hat, zog sich auch sehr schnell aus der Sache zurück. Erfolg: Herr Mussolini wurde Deutschenfeind, hielt seine bekannten Reden über die Fahne, die auch über den Brenner hinausgetragen werden könne, und — versuchte sich, ganz ähnlich wie jetzt die „Tribuna", an Frankreich anzubiedern. Da aber auch diese Bemühungen keine Ergebnisse erzielten, legte er das Ruder wieder herum, und als im vergangenen Jahre über einen deutsch-italienischen Schiedsgerichtsvertrag verhandelt wurde, ließ er den lebhaften Wunsch erkennen, das Abkommen zu einer die Grenzen einer Allianz streifenden Freundschaftsvereinbarung zu erweitern, die von Frankreich zweifellos als gegen sich gerichtet angesehen worden wäre. Wieder verhielt sich Deutschland gegenüber derartigen Liebeserklärungen reserviert, und nun ist eben wieder Frankreich der Gegenstand der stürmischen Werbung.

Was ergibt sich aus alledem? Einmal, daß der italienische Faschismus sich isoliert fühlt, und um jeden Preis eine Annäherung und eine außenpolitische Stütze sucht. Daß mit kriegerischen Deklamationen, die bald den einen, bald den anderen vor den Kopf stoßen, nichts erreicht werden kann, scheint er allmählich erkannt zu haben. Er wird sich seiner außenpolitischen Schwäche bewußt, und sucht nach Verbündeten. Wo er sie findet, ist ihm gleichgültig. Es liegt ihm nur daran, aus der Vereinsamung herauszukommen und dadurch einen Erfolg zu erzielen, mit dessen Hilfe er seine Stellung beim italienischen Volk, das seine wahre Lage allmählich erkennt, aufs neue zu befestigen vermag. Aber noch eine andere für die Allgemeinheit wichtigere Lehre ist aus den merkwürdigen Sprüngen der faschistischen Außenpolitik zu ziehen. Die Diktatur wird uns gepriesen als die Staatsform, die den nationalen Willen verkörpert und ihn mit starker Hand dem gesetzten Ziele zuführt. Sie soll die Unerschütterlichkeit und Gradlinigkeit sichern im Gegensatz zu der mit wechselnden parlamentarischen Mehrheiten rechnenden Demokratie. Die mit allen Machtbefugnissen ausgestattete Persönlichkeit an der Spitze des Gemeinwesens führt auf klarer und sicherer Bahn sein Volk einer herrlichen Zukunft entgegen. Was sehen wir in Wirklichkeit? Ein nervöses Hin- und Herschwanken, vollendetste Grundsatzlosigkeit, die versucht, durch Scheinerfolge in der Außenpolitk der wachsenden Mißstimmung im Innern Herr zu werden, die Zerstörung des internationalen Vertrauens. Das ist das Gesicht, und das sind die Erfolge der faschistischen Diktatur! Von ihnen sollten all diejenigen lernen, für die der Mussolinismus als nachahmenswertes Vorbild erscheint

Was fehlt zur Sicherung des Friedens?

Von Wl. Woytinsky.

Von alters her ist Friede der schönste Traum der Menschheit gewesen. Aber noch heute ist er nur ein Traum. Die 10 Millionen Gefallenen des Weltkrieges, die 20 Millionen Verwundeten haben mit ihrem Blut dauernden Frieden auf Erden nicht erkauft.

Zwar wurden die Besiegten gezwungen, abzurüsten. Waffen- und Munitionsvorräte zu vernichten, Anlagen der Kriegsindustrie zu zerstören. Die anderen Staaten haben aber für sich das traurige Recht Waffen zu führen behalten, und jetzt stehen sie bis an die Zähne gerüstet und zu neuen Kämpfen bereit einander gegenüber. So hielt Frankreich im Jahre 1926 nicht weniger als 795 000 Mann unter den Waffen (398 000 Mann — im Inlandsheere, 217 000 in den Kolonien, 94 000 am Rhein und im Saargebiet, 86 000 in der Marine und der Luftflotte). Die bewaffnete Macht Großbritanniens beträgt 881 000 Mann (209 000 Mann — reguläres Heer im Inlande, 148 000 territoriales Heer, 382 000 — in den Kolonien und 142 000 in der Marine und Luftflotte). Italien, das im Jahre 1913 sich mit einer Armee von 274 000 Mann begnügte, hat jetzt ein Heer von 317 000 Mann. Spanien hat seine bewaffnete Macht von 93 000 Mann auf 259 000 gesteigert. Rund 300 000 bewaffnete Männer stehen unter dem Befehl von Pilsudski, zweimal soviel unter dem Befehl von Woroschilow in Sowjetrußland. Es sind neue Armeen in den neugebildeten Staaten aufgewachsen, und jedes dieser Heere ist ein neuer Herd der Kriegsgefahr.

Im Jahre 1913 wurde die Stärke der ständigen Heere aller Länder Europas auf 4,2 Millionen beziffert. Für das Jahr 1927 ist die entsprechende Zahl, nach amtlichen Angaben, 3,3 Millionen. Diese letzte Zahl schließt aber weder die territorialen Formationen der UdSSR. ein, noch die faschistischen Regimenter Italiens, noch die ausgebildeten Reserven bezw. die Geheimorganisationen der anderen Länder. Alle diese Formationen mitgerechnet, ist die Stärke der europäischen Armeen heutzutage größer als sie am Vorabend des Weltkrieges war. Auch in den Vereinigten Staaten und in Japan sind die Streitkräfte angewachsen, und zwar in noch größerem Maße als in Europa.

Uebrigens haben sich die Streitkräfte nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ entwickelt, — es genügt hier, die Errungenschaften der Kriegsluftfahrt und die Vorbereitungen zum Gaskriege zu erwähnen. Freilich wird der zukünftige Gaskrieg unter strengstem Geheimnis vorbereitet. Schwerer sind aber die Vorbereitungen zum Luftkrieg zu verbergen. Die ständigen Luftstreitkräfte Großbritanniens zählen mehr als 41 000 Mann, die französischen über 26 000, die italienischen 24 500 Mann usw. Der fliegende Tod rüstet sich also für den nächsten Krieg zu einer reichen Ernte.

Der Weltkrieg hat in allen Enden der Erde giftige Keime neuer Konflikte hinterlassen. Hie und da glimmen Funken, die das Pulverfaß Europas zu sprengen bedrohen. Gestern waren es die Streitigkeiten zwischen Italien und Jugoslawien, heute handelt es sich um Polen und Litauen, morgen wird die Frage des Mittelmeeres auftauchen. Die Völker träumen von Frieden, die Regierungen rüsten zu neuen Kriegen.

Die Gefahr scheint in der Ferne zu liegen. Wer ahnte aber im Jahre 1913, daß der Abgrund so nahe war? Die Arbeiterklasse darf sich nicht einschläfern lassen, mit größter Entschiedenheit muß der Kampf um die allgemeine Abrüstung geführt werden.

Einer der ersten Schritte, die auf diesem Weg zu machen sind, ist eine internationale Vereinbarung über die progressive Herabsetzung der Kriegsetats, die der Kontrolle des Völkerbundes unterzuordnen sind. Diese Maßnahme würde die Gleichberechtigung der Mitglieder des Völkerbundes sichern und könnte als Auftakt zu weiteren Vereinbarungen dienen, die die zahlreichen nationalen Heere durch eine einzige, der Gesamtheit der Völker zur Verfügung stehende internationale Miliz ersetzen müssen.

Man muß aber der Wahrheit ins Auge sehen: die vollständigste Abrüstung genügt doch nicht, um die Gefahr neuer Kriege aus der Welt zu schaffen. Bei dem heutigen Stand der Technik kann man einen vernichtenden Krieg auch ohne ein großes ständiges Heer, ja auch ohne besondere Werke der Kriegsindustrie, vorbereiten. Ist viel Zeit erforderlich, um eine beliebige chemische Fabrik auf die Erzeugung von Erstickungsgasen umzustellen? Ist es schwer, eine Abteilung irgendeines Sportvereins in eine Heereskompagnie umzuwandeln?

Sind die übrigen Voraussetzungen für einen Feldzug vorhanden, so wird es an Waffen und Munition nicht fehlen, — die Abrüstung wird in diesem Falle nichts weiter bedeuten als eine Verzögerung der Mobilisierung. Uebrigens kann man im voraus alle Vorbereitungen treffen, um diese Verzögerung zu verringern und dem Gegner keinen großen Vorsprung zu lassen. Und solange man mit der Möglichkeit solcher Vorbereitungen seitens der Nachbarstaaten rechnen muß, wird man immer geneigt sein, seinerseits Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. „Vorsichtsmaßnahmen" gegen einen Krieg sind aber nicht selten Vorbereitungen eines Krieges. Eine technische Abrüstung genügt nicht, wenn sie nicht mit einer politischen Abrüstung verbunden ist. Wir meinen dabei ein weit ausgebautes System von Nichtangriffs- und Schiedsspruchverträgen, vor allem aber den Ausbau des Völkerbundes, der sich aus einer Verhandlungsinstanz der Regierungen zu einem wirklichen Bund der Völker entwickeln muß. Es ist nicht zu leugnen, daß in den letzten Jahren der Völkerbund bestimmte Dienste der Menschheit geleistet hat —, auch die neuliche Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes muß auf sein Konto gebucht werden. Der stolze, vielversprechende Name „Völkerbund" verlangt aber ganz andere Leistungen, nämlich eine Politik, die mit der alten Geheimdiplomatie bricht, sich an die Völker wendet, sie zur Versöhnung, zur Einigung, zur geistigen Abrüstung auffordert. Diese Politik, die der „Locarno" nur den ersten zaghaften Schritt darstellt, kann sich nur dann durchsetzen, wenn die Verfassung des Völkerbundes in demokratischem Sinne revidiert wird . . .

Können aber die internationalen Verträge und Statuten des Völkerbundes als Garantie des Friedens gelten? Vermögen die Regierungen nicht die ihnen unbequem gewordenen Verträge als einen Fetzen Papier zu behandeln, — wie es die wilhelminische Regierung im Jahre 1914 Belgien gegenüber und die Sowjetregierung im Jahre 1921 Georgien gegenüber gemacht hat?

Die letzte Garantie des Friedens besteht im tätigen Friedenswillen der Volksmassen, in ihrer wachsamen Kontrolle über die innere und äußere Politik der Staaten. Solange die Macht in den Händen der von militaristischen Banden emporgehobenen Diktatoren liegt, solange die großen und kleinen Mussolinis, Primo de Riveras, Horthys, Pilsudskis, Woldemaras über das Schicksal der Staaten verfügen, ist der Friede ein Spielball des Zufalls. Nur durch die politische Macht der arbeitenden Mehrheit der Völker kann der Friede gesichert werden.

Daran müssen wir im kommenden Jahre denken, das große politische Entscheidungen bringen wird. In den wichtigsten Ländern Europas steht das Proletariat an der Schwelle der Macht. Es hat aber einen doppelten Kampf gegen die Reaktion und gegen die Spaltung in eigenen Reihen zu führen. Im kommenden Jahre werden sich an dieser doppelten Front bedeutsame Schlachten abspielen, und von ihrem Ausgang wird die weitere Entwicklung der Weltgeschichte abhängen.

Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1924 ist es der Sozialdemokratischen Partei nicht gelungen, alle Kräfte des Proletariats zu vereinigen; sie hat rund 7,9 Millionen Stimmen erhalten, aber weitere 2,7 Millionen proletarische Stimmen, die für die Kommunisten abgegeben wurden, gingen für die Sache der Arbeiterklasse und des Friedens verloren. Noch größer war aber die Zahl jener Proletarier, die blindlings ihre Stimmen ihren Klassenfeinden abgegeben haben. Die Jahre, die seitdem vergangen sind, haben jedoch vielen politische Aufklärung gebracht. Die letzten Landtagswahlen — in Hamburg, Altona, Königsberg, Thüringen, Braunschweig, in den beiden Mecklenburg — zeugen von einem gewaltigen Aufschwung der Sozialdemokratie. Dieser Aufschwung muß bei den kommenden Reichstagswahlen in der Weise verwertet werden, daß die Arbeiterfraktion instand gesetzt wird, eine feste Mehrheit im Reichstag zu bilden und den aufrichtig friedensfreundlichen Kräften des Auslandes die Hand zu reichen.

In England hat die Arbeiterpartei bei den Wahlen im Jahre 1923 rund 4,4 Millionen, im Jahre 1924 schon 5,5 Millionen Stimmen erobert. Die Konsolidierung der bürgerlichen Elemente um die Konservativen hat aber diesen bei den letzten Wahlen 8 Millionen Stimmen und die Macht über das Weltreich gebracht. Auch viele englische Arbeiter haben dabei, der Tradition folgend, für die Konservativen gestimmt. Die Regierung Baldwins hat aber alles mögliche getan, um ihren arbeiterfeindlichen Charakter zu enthüllen, um dem Volke zu beweisen, daß die Kräfte der Vergangenheit unfähig sind, mit den neuen Forderungen des Lebens Schritt zu halten: der Kohlenstreik, die gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung, das Versagen der Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dieses alles und vieles andere hat auch die rückständigsten Schichten der Arbeitnehmer politisch denken gelehrt. Die neuen Parlamentswahlen werden die Resultate dieser unwillkürlichen Aufklärungsarbeit der Reaktion an den Tag bringen. Der letzte Kongreß der britischen Arbeiterpartei hat gezeigt, daß die Partei die kommenden Wahlen als einen entscheidenden Kampf um die Macht betrachtet. Gelingt es ihr den Sieg davonzutragen, so wird es auch den Sieg des Friedens für die ganze Welt bedeuten. Dieser Sieg wird nicht nur eine Entspannung der englisch-französischen Beziehungen mit sich bringen, sondern auch die kriegerischen Stimmungen in Italien drosseln, die politische Krise in Indien mildern, die Wiederherstellung des Friedens in China fördern, den Reaktionären und Faschisten aller Länder die mächtige Unterstützung Londons entziehen.

Auch in Frankreich, Polen, Belgien werden bald Parlamentswahlen stattfinden, auch hier rüsten die Arbeiter zum Kampf. In jedem Land hat die Arbeiterbewegung mit besonderen Problemen zu rechnen, mit besonderen Schwierigkeiten zu ringen. Und trotzdem werden die im Jahre 1928 in den einzelnen Ländern bevorstehenden Wahlen nichts anderes als einzelne Vorgänge auf der einheitlichen Front des Klassenkampfes bedeuten: es wird sich nicht nur um bessere Lebensbedingungen der Völker, nicht nur um die Entwicklung der Gesellschaft zu den höheren Formen, zum Sozialismus, handeln, sondern auch um Schutz des Friedens gegen die immer drohende Kriegsgefahr.

Auf die Frage: „Was fehlt zur Sicherung des Friedens?" antworten wir:

es fehlt die politische Macht des Proletariats in den wichtigsten Ländern.

Um diese Macht wird im kommenden Jahre gekämpft werden!

Drachenzeit und Bernsteinwald

Von Willy Ley.

Um die Weihnachtszeit pflegen einem von Leuten, die anscheinend wirklich nichts Besseres zu tun haben, immer wieder Christbaumgeschichten erzählt zu werden. Poetische und prosaische. Eine Variation der gewöhnlichen Weihnachtsbaumgeschichten sind die mehr historischen Inhalts, daß der erste Weihnachtsbaum 1605 in Straßburg errichtet worden sei, daß also das hübsche Bild der Familie Luther unter dem Weihnachtsbaum auf einem historischen Irrtum beruhe, daß er erst in neuester Zeit auch im Auslande Verbreitung gefunden habe, was unsere großen Dichter über den Weihnachtsbaum gesagt haben und was die alten Germanen für eine ähnliche Sitte gehabt haben, jedenfalls, ob, wie lange, weshalb usw. Ich sehe nun nicht ein, daß nicht auch der Naturwissenschaftler einmal sein Christbaummärchen erzählen soll.

Da muß nun gleich zu Anfang wieder ins Lehrhafte gegangen werden. Der Begriff „Weihnachtsbaum" muß zunächst auf alle Nadelhölzer (der Fachbotaniker sagt Koniferen, zu deutsch Zapfenträger) ausgedehnt werden. Man ist ja in Deutschland nicht sehr wählerisch mit der Bezeichnung der einheimischen Koniferen, der Weihnachtsbaum ist eine „Tanne", in Wirklichkeit gewöhnlich eine Fichte, und die Vegetation des Grunewalds bei Berlin, den jeder echte Berliner mit „Fichten" bevölkert, besteht aus Kiefern. Die wirkliche Tanne wird entweder Blau- oder Doppeltanne genannt oder überhaupt für eine künstliche Züchtung angesehen. Für uns hier gehören nun zu den Weihnachtsbäumen außer diesen drei Gewächsen noch die Araukarien (Zimmertannen).

Die Araukarien sind nun auf unserer Erde ein uraltes Geschlecht. Ihre gegen die heutigen Formen recht wenig verschiedenen Vorfahren reichen weit zurück in der Erdgeschichte, rückwärts über die große Eiszeit und die davorliegende warme Tertiärzeit, von der es heißt, daß ihr Tropenklima langsam zurückkommt (im nördlichen Eismeer bei Nowaja Semlja hat man Tiere gefangen, die sich sonst so weit nördlich nicht vorfanden, ein erstes Anzeichen), hinaus bis in die Drachentage der Kreide- und der Jurazeit. Die großen Saurier vom Geschlecht der Raubdrachen lauerten in Araukariendickichten auf ihre Beute, und der sagenhafte Urvogel, der Archaeopteryx, machte in den Gipfeln großer Araukarien seine Flatterversuche. Das ist aber immer noch nicht der Höhepunkt des Araukarienalters.

Archaeopteryx und die Drachen lebten im Jura, davor kam die Trias, die dreigeteilte Erdepoche mit ihren drei Unterabteilungen Keuper, Muschelkalk und Buntsandstein, vor dem Buntsandstein endlich die Permperiode, die schon einmal eine Eiszeit kannte. In dieser Permperiode unterscheidet man wieder noch zwei Epochen, eine jüngere (Zechstein) und eine ältere.

Von dieser älteren Abteilung der Permzeit haben wir bei Chemnitz größere Ablagerungen aufgefunden und in diesen Schich-

ten des sogenannten Rotliegenden große Mengen von Araukarienresten, die „Walchien“.

So alt sind also unsere „Weihnachtsbäume“ schon. Menschen gab es noch nicht im Zechsteinwald von Chemnitz, die ersten Säugetiere überhaupt entstanden damals gerade auf der Südhalbkugel der Erde im verklungenen Weltteil Gondwanaland. Auch Reptile kennt man nicht aus der Gegend, nur einige allerdings krokodilgroße und gewiß weit bissigere Amphibien, darunter die in allen Abhandlungen über die vor der Permperiode grünenden Steinkohlenwälder vielbeklagten Archegosaurier. Viel mehr wissen wir aber von den uralten Walchien nicht. In der Frage ihrer Abstammung tippt man auf gewisse Gewächse des Steinkohlenwaldes, aber ohne rechte Sicherheit. Eine Araukarie (A. imbricata, die Engländer nennen sie wegen der dicken Stacheln sehr hübsch Affenverdrußbaum) sieht den alten Bärlappgewächsen recht ähnlich, andere Weihnachtsbaumverwandte, die seltsamen, nur noch in einer Art lebenden, aber ehemals weitverbreiteten Gingkos, die schon Goethe besungen hat, scheinen an die Farne anzuschließen, trotzdem sie äußerlich Laubbäumen am ähnlichsten sehen.

Von den neueren Typen dieses Stammes wären in erster Linie die Sumpfzypressen zu nennen, die berühmten Charakterbäume der Cypreß-swamps in den United States. Jetzt auf die neue Welt beschränkt, wuchs sie in der Tertiärzeit auch bei uns und beteiligten sich stark an der Bildung der Braunkohlen. Sie war damals überhaupt weltweit verbreitet, konnte sie es doch wagen, in dem warmen Tertiärklima bis nach Grinnelland zu gehen.

Nahe verwandt mit den Sumpfzypressen ist übrigens ein eigenartiges Pflanzenwesen (Glyptostrobus) im östlichen China — von den Söhnen des Himmels „Wasserfichte“ genannt —, die Weihnachtsbäume müssen sich schon einige Namensverdrehungen gefallen lassen.

Alle diese Gewächse haben mit unserem gewöhnlichen Weihnachtsbaum schon nur noch sehr schwache Aehnlichkeit, die vollends in die Brüche geht bei einem ebenso hierhergehörigen Gewächs, das auch in Amerika seine letzte Heimstätte auf unserem Planeten gefunden hat. Diese letzte Heimstätte könnte nun wirklich nicht gut anderswo sein, als eben in Amerika, dem Lande des „the biggest in the world“.

Ich spreche von den Sequoien, den Mammutbäumen. Wenn wir sie hier auch als Weihnachtsbäume bezeichnen, die Wesen, die wirklich einen Weihnachtsbaum daraus machen könnten, dürften bestimmt keine Menschen sein, ich vermag noch nicht einmal zu sagen, ob es Eddariesen sein könnten, denn ich weiß nicht, ob die groß genug wären. Die Mammutbäume schlagen selbst amerikanische Wolkenkratzerrekorde mit Höhen von 120 und mehr Meter, nur der australische Eukalyptus, eine Myrtacee, übertrumpft sie noch. Echt amerikanisch klingt der Bericht, den ich hier vor mir liegen habe, daß auf dem abgesägten Stumpf solchen Baumes eine Tanzkapelle und vierzehn Paare sehr reichlich Platz hatten.

Doch die Tage des Mammutchaines in Kalifornien sind gezählt. Die Indianer haben schon zur Zeit des Kolumbus die Stämme der Sequoien (auch das Wort Sequoien ist indianisch) ausgebrannt und als Wigwam benutzt. Trotzdem leben sie noch. Aber wie lange noch?

Ich glaube, der Großteil meiner Leser hatte noch nichts gehört von den Walchien des Perm, den Araukarien der Drachenzeit und den Taxodien unserer Braunkohle. Aber von einem anderen urweltlichen Verwandten unserer Weihnachtsbäume hat er bestimmt sogar schon etwas gesehen. Die Bäume, von denen jetzt gesprochen wird, würden, sollten sie jetzt noch irgendwo grünen, kaum jemand auffallen. Sie wuchsen in der schon oft genannten Tertiärzeit auf deutschem Boden und lieferten uns den — Bernstein. Auch das Weihnachtsbaumverwandte! Sogar ganz echte Nadelhölzer aus der engsten Verwandtschaft. Ob nun gerade die Bernsteinerzeuger echte Kiefern oder echte Fichten waren, ist neuerdings wieder einmal Streitfrage geworden, jedenfalls waren es Kiefern oder Fichten.

Nach der Tertiärzeit kam die große Eiszeit des Diluviums und nach dem Abzug ihrer Gletscher die heutige Periode, in der wir auf ein entschieden wärmeres Klima zumarschieren.

Wir sind wieder daheim. Ueber die Zeiten des Walchienwaldes, der Drachenzeit, des Bernsteinwaldes und des Braunkohlenmoores wieder in unserer Epoche angekommen. Und von den Walchien über Gengos, Sumpfzypressen wieder zu unserem Weihnachtsbaum. So endet auch das Weihnachtsmärchen des Naturforschers wie alle anderen Märchen in der Gegenwart mit der behaglichen Ruhe der scheinbaren augenblicklichen Stille im Fluß der steten Entwicklung.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Donnerstag, den 29. Dezember 1927: 16—17,30: Unterhaltungskonzert. — 17,30: Jugendstunde. — 18,15—18,45: Hans Bredow-Schule. Abt. Handelslehre. — 18,50—19,20: Abt. Theaterwissenschaft. — 19,20—19,40: Englische Lektüre. — 19,40—19,55: Wintersportfahrten in Schlesien. — 20,10: Rainer Maria Rilke. — 21,15: Humoristische Gesänge. Anschließend: Die Abendberichte und Funktechnischer Briefkasten. — 22,30—24: Uebertragung aus Gleiwitz: Konzert und Tanzmusik der Kapelle Wassermann im Kaffee „Hindenburg“, Beuthen.

Krakau — Welle 422.

Donnerstag. 11.40: Berichte. 12.05: Uebertragung aus Warschau. 16.40: Plauderei für Frauen. 17.20: Vortrag. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 18.55: Berichte. 19.15: Vortrag. 20.30: Uebertragungen aus Warschau.

Warschau — Welle 1111.

Donnerstag. 11.40: Berichte. 12.05: Vortrag. 12.30: Konzert für die Jugend. 14.40: Berichte. 16.40: Stunde für Frauen. 17.20: Vortrag. 17.45: Literaturstunde. 18.55: Berichte. 19.35: Englischer Unterricht. 20.30: Konzert.

Posen — Welle 280,4.

Donnerstag. 12.05: Konzert. 17.20: Vortrag. 17.45: Konzert. 19: Verschiedenes. 19.20: Opernübertragung aus Posen 22.30: Jazzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Donnerstag. 11: Vormittagsmusik. 16: Nachmittagskonzert. 17.30: Mitteilungen aus den Bundestheatern. 17.45: Wochenende. 18: Stunde der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften. 18.30: Wochenbericht f. Körpersport. 20.05: Operettenaufführung: „Orpheus in der Unterwelt.“

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Am Mittwoch, den 28. Dezember d. Js., abends 7½ Uhr, veranstaltet der Bund im großen Saale des Volkshauses eine Weihnachtsfeier in Form eines bunten Abends. Hierzu sind sämtliche Freigewerkschaftler und Parteigenossen nebst ihren Angehörigen eingeladen. Infolge der dadurch verursachten Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 30 Groschen erhoben.

Versammlungskalender

Bismarckhütte. D. S. A. P. Am Donnerstag, den 29. Dezember, findet im Büro des D. M. V. eine Sitzung der D. S. A. P. statt.

Vermischte Nachrichten

Ist der Storch schädlich?

Die unheimliche Abnahme der Störche ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen und zu ihnen gehört auch der Umstand, daß die Störche trotz aller Schonungsgesetze vielfach von einseitig denkenden Jägern weggeschossen werden, wenn es ungesehen geschehen kann, denn der Bauer, dem der Storch immer noch eine Art heiliges Tier ist, darf davon nichts wissen. Die Hauptnahrung des Storches besteht bekanntlich in Fröschen, und in dieser Beziehung wäre er wohl wirtschaftlich gleichgültig. Ein Verdienst erwirbt er sich durch Vertilgung von Giftschlangen, also bei uns hauptsächlich von Kreuzottern. In seinen Gewöllen hat man mehr noch als Frösche Ueberreste von Wasserkäfern oder deren Larven gefunden, die bekanntlich der Fischzucht schädlich sind. Andererseits schnappt der Storch auf den Kleeäckern gern auch Bienen weg. Die Jäger behaupten nun, daß er auch viele Junghasen und Rebhuhngelege vernichte. Allzu schlimm kann es aber in dieser Beziehung wohl kaum sein, da der Storch doch hauptsächlich seine Nahrung auf sumpfigen Wiesen sucht, wo nicht viele Junghasen vorhanden sein können, da Meister Lampe die Nässe außerordentlich scheut. Wenn sich die Störche später kurz vor dem Abzug zusammenscharen, gibt es überhaupt keine ganz kleinen Junghasen mehr, oder, wo solche vorhanden sind, handelt es sich ohnedies um Kümmerlinge. Um diese Jahreszeit frißt der Storch hauptsächlich Heuschrecken, die er auf den Wiesen zusammensucht.

Doktor Josefowicz.

Monatelang wurde die Wiener Feuerwehr und Rettungsgesellschaft durch telephonische Anrufe, bei denen sich immer ein Polizist als Feuer- oder Unfallmelder vorstellte, zwecklos an die verschiedensten Punkte der Stadt dirigiert. Vor einiger Zeit wurde ein Mann angehalten, der, kurz ehe die Feuerwehr am Platze erschien, eine in der Nähe gelegene Telephonsprechzelle verlassen hatte. Feuerwehrleute und Angestellte der Rettungsgesellschaft, die beobachtet hatten, daß am Ziel ihrer vergeblichen Ausfahrten sich stets derselbe Mann herumtrieb, glaubten in ihm den Arretierten zu erkennen. Es war der Arzt Dr. Josefowicz. Vor Gericht gestellt, leugnete er und mußte schließlich wegen Mangel an Beweisen freigesprochen werden. Dr. Josefowicz wurde aber nach seiner Freilassung überwacht und bald bei einer neuen Mystifikation ertappt. Nun legte er ein volles Geständnis ab. Durch eine unglückliche Ehe zum Trinker geworden, sei er vollständig hemmungslos. Wenn er getrunken habe, überkomme ihn ein unwiderstehlicher Drang, Rettungsgesellschaft und Feuerwehr zu mystifizieren. Unter diesem Vorstellungszwang rufe er dann an und sei glücklich, wenn er von der Nähe die Wirkung des Anrufes beobachten könne. Dr. Josefowicz wurde dem Gericht eingeliefert. In der Zelle versuchte er sich zu erhängen.





Werbet ständig neue Abonnenten!



